



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Die wirtschaftliche Lage Russlands Sechzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Sechzehnter Bericht

1/2000
Sonderheft

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Seite 7

Sechzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Seite 43

Sechzehnter Bericht

Halle (Saale), im April 2000

Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE – IWH

Präsident: Professor Dr. Rüdiger Pohl

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53 - 60

Telefax: (03 45) 77 53 820

Internetadresse: <http://www.iwh.uni-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten

Druck bei Druckhaus Schütze GmbH,

Fiete-Schulze-Str. 6, 06116 Halle (Saale)

ISBN 3-930963-58-2

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie hat mit Schreiben vom 16. März 2000 das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Lage Russlands und der Republik Belarus“ im Jahr 2000 fortzuführen. Das Institut legt hiermit die sechzehnten Berichte über die Wirtschaft von Russland und Belarus vor. Redaktionell wurden die Berichte im wesentlichen Mitte April 2000 abgeschlossen.

Beide Berichte werden zusammen mit Studien über andere mittel- und osteuropäische Länder von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfa) veröffentlicht.

Verzeichnis der Mitarbeiter

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Verfasser: Hubert Gabrisch
Peter Havlik*
Thomas Linne
Peter Sigmund

Statistik: Simone Lösel

Technische Ausführung: Ingrid Dede
Katrin Renneberg

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Verfasser: Hubert Gabrisch
Werner Gnoth
Thomas Linne
Peter Sigmund

Statistik: Simone Lösel

Technische Ausführung: Ingrid Dede
Katrin Renneberg

* Peter Havlik ist stellvertretender Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).

Inhaltsverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Zusammenfassung	8
Wirtschaftsentwicklung	11
Staatshaushalt und monetäre Indikatoren	19
Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage	27
Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme	35
Wirtschaftspolitik und Ausblick	39

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Zusammenfassung	45
Wirtschaftsentwicklung	47
Staatshaushalt und monetäre Indikatoren	53
Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und soziale Lage	61
Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme	64
Wirtschaftspolitik und Ausblick	67

IWH _____

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Zusammenfassung

Die russische Wirtschaft hat im vergangenen Jahr die Folgen der Finanz- und Währungskrise vom August 1998 weitgehend überwunden. Dazu trugen bessere äußere Bedingungen bei, wie insbesondere die Beseitigung der Überbewertung des Rubels, der Anstieg des Rohölpreises und die Belebung der Weltkonjunktur. Aber auch die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verbessert; die meisten makroökonomischen Indikatoren signalisieren ein deutlich abnehmendes Krisenpotential der Volkswirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im vergangenen Jahr um 3,2 vH, nachdem es im Krisenjahr 1998 um nahezu 5 vH gefallen war. Dabei beschleunigte sich das Wachstum von Quartal zu Quartal. Die zwischenzeitlich gestiegene Inflationsrate nahm von Monat zu Monat ab und betrug im März 2000 nur noch 0,6 vH gegenüber dem Februar. Im Jahresdurchschnitt betrug die Inflationsrate gut 86 vH.

Besonders positiv wirkten sich die inneren und äußeren Rahmenbedingungen für die Industrie aus, deren Bruttoproduktionswert um gut 8 vH zunahm. Nach der Abwertung des Rubels in den letzten Monaten 1998 stieg die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte, und die Nachfrage schwenkte von importierten zu im Inland produzierten Gütern um. Besonders deutlich kam die Importsubstitution im vergangenen Jahr der Konsumgüter erzeugenden Leichtindustrie zugute.

Auf der Verwendungsseite der Volkswirtschaft expandierte der Außenbeitrag hauptsächlich durch den starken Rückgang der Importe. Die Handelsbilanz schloss 1999 mit einem Rekordüberschuss von knapp 35 Mrd. US-Dollar ab (1997 und 1998: 17 Mrd. US-Dollar). Dies trug entscheidend dazu bei, dass der traditionelle Überschuss in der Leistungsbilanz 25 Mrd. US-Dollar erreichte, nachdem 1998 erstmals ein Defizit drohte. Während jedoch die Exporte nahezu konstant blieben, sanken die Importe um etwa 18 Mrd. US-Dollar.

Im vergangenen Jahr kam es erstmals seit 1990 zu einem Wachstum der Brutto-Anlageinvestitionen (4,5 vH). Dies ist ein positives Zeichen, zumal auch in den ersten Monaten des Jahres 2000 die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen, und zwar um 6 vH. Keinerlei Wachstumsimpulse gingen dagegen vom Verbrauch aus. Die Realeinkommen der Bevölkerung sanken im vergangenen Jahr um 15 vH, was sich in rückläufigen Einzelhandelsumsätzen fortsetzte. Der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze stieg von knapp 24 vH auf 30 vH. Besonders betroffen von dem zeitweiligen Anstieg der Inflationsrate nach der Krise 1998 waren die Rentnerhaushalte. Allerdings ist für das laufende Jahr mit einer erheblichen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu rechnen. Der reale

Staatsverbrauch stagnierte, und der föderale Haushalt erzielte einen Primärüberschuss.

Trotz erster Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung stieg die Arbeitslosenquote von 11,9 vH jahresdurchschnittlich auf 12,5 vH. Die Erholung kam stattdessen in einem Anstieg der Beschäftigung von fast 1 Mio. Personen zum Ausdruck. Die Diskrepanz zwischen beiden Entwicklungen ist zum einen einem demografischen Faktor (Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) und zum anderen einer höheren Erwerbsquote zuzuschreiben. Letzteres dürfte mit den rapide gefallenem Realeinkommen insbesondere der Rentnerhaushalte zu erklären sein. Folglich drängten mehr Personen auf den Arbeitsmarkt, so dass zunächst die Arbeitslosigkeit und erst später die Beschäftigung stieg. Die Arbeitslosenquote lag im vierten Quartal 1999 um 1,8 Prozentpunkte niedriger als im ersten Quartal, so dass auch hier die Belebung zum Ausdruck kam.

Ein stagnierender Staatsverbrauch und gestiegene Einnahmen des Staates infolge der verbesserten Lage der Unternehmen ließen auch das Defizit im konsolidierten Haushalt auf 1 vH des BIP sinken. Geldpolitisch wurde ein leicht lockerer Kurs gefahren. Der nominale Wert des Rubel konnte auf dem geplanten Niveau gehalten werden, wobei die Zentralbank allerdings mehrmals intervenieren musste. Der reale Kurs des Rubel blieb gegenüber dem US-Dollar weitgehend konstant, berücksichtigt man die Verbraucherpreise. Auf Basis der Erzeugerpreise ergab sich indes eine reale Aufwertung, die einen Teil der Abwertung nach der Währungskrise kompensierte. Diese Aufwertung war aber insofern nicht problematisch, weil sie bei stark rückläufiger Inflation, leichtem Wirtschaftswachstum und erheblichen Devisenzuflüssen stattfand, und der Rubel nicht überbewertet ist. Im vergangenen Jahr kam es zu erheblichen Kapitalabflüssen, die mit den laufenden Deviseneinnahmen finanziert wurden. Die Kapitalabflüsse gingen auf die massive Auflösung von Portfoliobeständen ausländischer Anleger und auf eine Reduktion von Forderungspositionen ausländischer Gläubiger zurück. Der Zufluss an Direktinvestitionen blieb mit 3 Mrd. US-Dollar gering.

Ordnungspolitisch war das vergangene Jahr allerdings ein Jahr der Stagnation. Die Privatisierung kam kaum voran, obwohl noch ein großer Bestand an staatlichen Unternehmen vorhanden war. Nach wie vor war das Klima für Investitionen, insbesondere ausländische Investitionen, ungünstig. Die politischen Rahmenbedingungen für die Aufhebung der Reformblockade der vergangenen Jahre haben sich seit den Parlaments- und Präsidentenwahlen aber erheblich verbessert. Soweit diese Blockade bereits im laufenden Jahr beseitigt wird, dürften ersten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage eher in den nachfolgenden Jahren zu erwarten sein.

Solange der Rubel nicht überbewertet ist, und dafür gibt es derzeit keine Anhaltspunkte, stellt der gegenwärtige Wechselkurs eine solide Wachstumsbasis dar. Im laufenden Jahr werden die Investitionen weiter und der private Konsum wieder

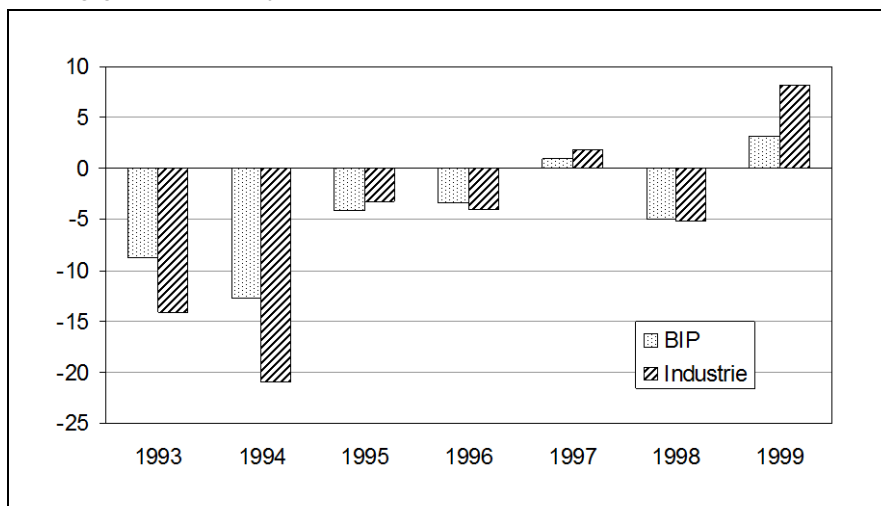
steigen. Demgegenüber wird die Nachfrage des Staates weiter rückläufig ausfallen (der Primärüberschuss soll auf 3 vH steigen), und eine abermalige starke Steigerung des Außenbeitrages wird nicht eintreten. Eher wird der Leistungsbilanzüberschuss angesichts wieder steigender Importe und möglicherweise fallender Rohölpreise etwas abnehmen. Eine Prognose wird insbesondere von Unsicherheiten belastet, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen: Das Budget für das laufende Jahr sichert noch nicht den vollständigen Schuldendienst. Neue Kredite seitens internationaler Organisationen würde es erfordern, dass der IWF die Suspendierung seines Abkommens mit Russland seit Dezember 1999 aufhebt. Andernfalls müsste die Ersparnis des Staates höher als geplant ausfallen. Vor diesem Hintergrund ist für das Jahr 2000 eine Wachstumsrate des realen BIP von nicht mehr als 3,5 vH zu erwarten, für das Jahr 2001 unter unveränderten ordnungspolitischen Bedingungen von 2,5 vH bis 3 vH. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2000 etwa 20 vH betragen. Im übrigen ist dem Wunsch der russischen Seite an die Gläubiger des Pariser Clubs, ebenfalls eine großzügige Schuldenstreichung wie der Londoner Club vorzunehmen, mit Skepsis zu begegnen. Russland ist nicht überschuldet, sondern leidet unter Kapitalflucht, und diese ist mit einer Schuldenstreichung nicht zu beherrschen.

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Wirtschaftsentwicklung

Die russische Wirtschaft hat im vergangenen Jahr die Folgen der Finanz- und Währungskrise vom August 1998 in einigen Bereichen weitgehend überwunden. Dazu haben bessere äußere Bedingungen beigetragen, wie insbesondere die Beseitigung der Überbewertung des Rubel, der Anstieg des Rohölpreises und die Belebung der Weltkonjunktur. Aber auch die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verbessert; die meisten makroökonomischen Indikatoren signalisieren ein deutlich abnehmendes Krisenpotential der Volkswirtschaft.

Abbildung 1:
Reales Wachstum des BIP und der Industrie
- in vH gegenüber dem Vorjahr -



Nach einer offiziellen Schätzung wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vorjahr um 3,2 vH (vgl. Tabelle 1).¹ Da für die ersten drei Quartale ein Wachstum von lediglich 1,5 vH berichtet wurde, ergibt sich aus dieser Schätzung ein Wachstum von über 7,3 vH im letzten Quartal 1999 gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres. Die Folgen der finanziellen Krise des Sommers 1998 wurden, zu-

¹ Soweit nicht anders vermerkt, sind die verwendeten Zahlen den Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für Statistik (im folgenden: Goskomstat) entnommen; vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomæskoe poloøenie Rossii, 1999 god., Moskau 2000.

mindest was die Produktion betrifft, relativ rasch überwunden – obwohl die niedrige Ausgangsbasis des letzten Quartals 1998 dieses positive Bild etwas trübt.² Das BIP des Jahres 1999 lag aber immer noch um mehr als 40 vH unter dem Wert von 1989.

Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren, 1990 bis 1999
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt ^a	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,1	-3,4	0,9	-4,9	3,2
Industrieproduktion ^a	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	1,9	-5,2	8,1
Agrarproduktion ^a	-3,6	-4,5	-9,4	-4,4	-12,0	-8,0	-5,1	1,5	-13,2	2,4
Bruttoanlageinvestitionen ^a	0,1	-15,5	-39,7	-11,6	-24,0	-10,0	-18,0	-5,0	-6,7	4,5
Gütertransportvolumen ^b	24,5	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,3	5,2
Einzelhandelsumsatz ^a	12,0	-3,2	-1,4	1,1	-0,1	-7,2	-2,8	4,0	-4,6	-7,9
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ^a	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,5	-17,7	-5,9	5,6	-0,5	2,4
Nominale Gesamteinkommen der privaten Haushalte	18,1	116,7	755,0	1.026,1	356,3	149,6	47,1	22,1	5,9	57,3
Reale Gesamteinkommen der privaten Haushalte ^c	12,2	12,4	-52,5	16,4	12,9	-15,1	-0,7	5,8	-16,9	-15,1
Nominallöhne und -gehälter	17,2	90,1	1.008,5	906,4	277,5	119,6	48,4	20,2	10,4	50,1
Reallöhne und -gehälter	9,0	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,0	5,0	-13,4	-23,2
Verbraucherpreise ^d	6,0	160	2.508	840	215	131	21,8	11,0	84,4	36,6
Industrielle Erzeugerpreise ^d	4,0	240	1.280	895	233	175	25,6	7,5	23,2	67,2
Arbeitslosenquote ^e	.	.	5,2	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	13,3	11,7

^a Real. – ^b Auf Basis Tonnenkilometer. – ^c Jahresdurchschnitt. – ^d 1990: Jahresdurchschnitt, 1991 bis 1999: Dezember zu Dezember des Vorjahres. – ^e Am Periodenende; ILO-Methodik.

Quellen: WIIW Datenbank auf der Basis von Goskomstat. Darüber hinaus Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 2000.

Auf der Entstehungsseite verschob sich die Struktur des BIP zugunsten der Industrie. Viele Branchen profitierten von der Abwertung des Rubel. Die Industrie verzeichnete seit März-April 1999 reale Zuwächse, die während der zweiten Jahreshälfte sogar 10 vH (jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat) überstiegen; ihr Anteil am BIP stieg um etwa drei Prozentpunkte auf 32,9 vH. Der Anteil der Dienst-

² Die unerwartet guten Ergebnisse resultieren auch aus der Revision (nach unten) der Daten für 1998. Hätte es diese Revision nicht gegeben, wäre die Erholung nicht so stark ausgefallen.

leistungen hingegen sank, nicht zuletzt aufgrund des Rückganges bei den unentgeltlichen Leistungen des Staates. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ging fast ausschließlich auf eine bessere Kapazitätsauslastung innerhalb der Industrie zurück, die wiederum hauptsächlich eine Folge des Umschwenkens der Nachfrage von importierten zu den im Inland produzierten Gütern war. Nach der Rubelabwertung in den letzten Monaten 1998 stieg somit die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte. So lange der Wechselkurs nicht überbewertet ist, stellt sein Niveau eine gute Basis für ein weiteres Wirtschaftswachstum dar. Anders ist der Effekt der Weltmarktpreise für Energie zu bewerten. Ihr Anstieg hat zwar die Einnahmen der Exporteure und des Staatshaushaltes verbessert. Aber es kann sich dabei nur um einen temporären Effekt handeln, der außerdem die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beeinträchtigen kann (*Dutch-disease-Problem*). Schließlich könnte auch der Druck auf die Durchführung der notwendigen Strukturreformen abnehmen.

Tabelle 2:
Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen
- Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Industrie insgesamt ^a	0	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	8,1
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,7	-4,7	-8,8	-3,2	-1,6	-2,1	-2,5	0,2
Brennstoffindustrie	-3,0	-6,0	-7,0	-11,6	-10,2	-0,8	-1,5	0,3	-2,5	2,4
Eisen- und Stahlindustrie	-2,0	-7,0	-16,4	-16,6	-17,3	9,6	-2,0	1,2	-8,1	14,4
NE-Metallurgie	-2,0	-9,0	-25,4	-14,1	-8,9	2,8	-3,6	5,0	-5,0	8,5
Chemische und Petrochemische Industrie	-2,0	-6,0	-21,7	-21,5	-24,5	7,6	-7,1	2,0	-7,5	21,7
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,0	-10,0	-14,9	-15,6	-30,8	-9,1	-4,6	3,5	-7,5	15,9
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,0	-9,0	-14,6	-18,7	-30,5	-0,7	-17,5	1,2	-0,4	17,2
Baustoffindustrie	-0,9	-2,0	-20,8	-16,0	-27,3	-8,0	-17,3	-4,0	-5,8	7,7
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-30,0	-23,0	-46,0	-30,2	-22,5	-2,4	-11,5	20,1
Nahrungsmittel- industrie	0,4	-9,0	-16,4	-9,0	-17,5	-8,2	-4,2	-0,8	-1,9	7,5

^a Ab 1994 einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst.

Quellen: WIIW Datenbank auf der Basis von Goskomstat. Darüber hinaus Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 2000.

Zum erstenmal seit 1989/90 war in allen Sektoren der Wirtschaft eine deutliche Steigerung der Produktion zu verzeichnen. Der Index der Produktion der fünf „Basissektoren“ (Industrie, Landwirtschaft, Bauwirtschaft, Transport und Einzelhandel) stieg 1999 um 5,2 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Bruttonproduktion der Industrie nahm mit 8,1 vH am stärksten zu (vgl. Tabelle 2), vor allem dank der starken Zuwächse der Konsumgüter erzeugenden Leichtindustrie (20,1 vH). Hier kam die Importsubstitution zur Wirkung. Neben anderen Faktoren bewirkte die Nachfrageumleitung auch in anderen Branchen hohe Zuwachsraten, so beispielsweise in der Eisenmetallurgie (14,4 vH), dem Maschinenbau und der Metallverarbeitung (15,9 vH), der Holz- und Papiererzeugung (17,2 vH) und der Chemieindustrie (21,7 vH). Die Erholung der Industrie führte auch zu einem Zuwachs im Güterverkehr (5,2 vH auf Tonnen-Kilometerbasis), vor allem auf der Schiene (18,1 vH). Der Personentransport nahm dagegen schwächer zu (3,7 vH auf Personen-Kilometerbasis).

Die Bauwirtschaft verzeichnete im vergangenen Jahr ein reales Wachstum von 5,4 vH (vertraglich abgeschlossene Bauleistungen). Ihr Anteil am BIP sank allerdings von 7,1 vH auf 5,5 vH, was eine unterdurchschnittliche Steigerung ihrer Wertschöpfung impliziert. Der Bau von Sozial- und Infrastrukturobjekten nahm in vielen Fällen ab (beispielsweise Schulen, Kindergärten, Wasser- und Kanalleitungen).

Die Entwicklung der Landwirtschaft war weniger durch die Auswirkungen der Finanzkrise als durch die unvollständigen Reformen geprägt. Das Wachstum der Bruttonproduktion der Landwirtschaft (2,4 vH) lag deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. Dabei ist die pflanzliche Produktion um 9 vH gestiegen, die tierische Produktion hingegen um 3,7 vH zurückgegangen. Die Getreideernte lag mit 54,7 Mio. Tonnen zwar über der katastrophalen Ernte von 1998 (47,9 Mio. Tonnen), sie erreichte aber bei weitem nicht einmal die mageren Durchschnittswerte von Anfang der neunziger Jahre (im Zeitraum 1991-1995 wurden pro Jahr durchschnittlich etwa 88 Mio. Tonnen Getreide geerntet). Sowohl die Zuckerrübenenernte (41 vH) wie auch die Produktion von Sonnenblumenkernen (38 vH) fielen ebenfalls besser als 1998 aus. Die Kartoffelernte blieb mit 31,2 Mio. Tonnen praktisch unverändert. Getreide, Sonnenblumen und Zuckerrüben werden großteils (86 vH bis 94 vH der Ernte) von den wenig reformierten Kooperativen (ehemalige Kolchosen) angebaut, Kartoffeln und Gemüse jedoch meist (77 vH bis 92 vH der Ernte) auf privaten Grundstücken der Bevölkerung gepflanzt. Die witterungsbedingte Erholung der Pflanzenproduktion und die steigenden Hektarerträge konnten den langjährigen Rückgang der Tierbestände im Vorjahr stoppen; die Produktion von Fleisch (-7,6 vH) und Milch (-3,5 vH) ging allerdings weiter zurück. Lediglich die Produktion von Eiern konnte geringfügig (1,6 vH) gesteigert werden. Zu Beginn des Jahres 2000 wurde ein wesentlicher Teil der Tierbestände von der Bevölkerung gehalten (34,7 vH der Rinder, 43,2 vH der Schweine und über 60 vH der Schafe und Ziegen), größtenteils für den Eigenverbrauch. Die gewerblich ori-

entierten privaten Bauernhöfe spielen nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle (sie stellen weniger als 2 vH der tierischen Produktion).

Auf der Verwendungsseite des BIP ist es zwischen 1998 und 1999 zu signifikanten, vor allem preisbedingten Verschiebungen gekommen. Der Außenbeitrag expandierte erheblich, hauptsächlich durch den starken Rückgang der Importe. Dadurch nahm der Anteil der Nettoexporte am BIP um mehr als das Doppelte zu (von 7,5 vH auf 16,3 vH). Der Anteil des Verbrauchs am BIP sank von 77,1 vH im Jahr 1998 auf 68,6 vH in 1999. Dies betraf den Anteil der privaten Haushalte, noch stärker jedoch den Anteil des Staatsverbrauchs.

Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen im Vorjahr zum erstenmal seit 1990, und zwar um 4,5 vH. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen nahm 1999 um 4,3 vH zu. Die Fertigstellung von neuen Produktionskapazitäten war jedoch bis auf einige wenige Ausnahmen nach wie vor rückläufig. Die jüngste Stabilisierung ist ein positives Zeichen, dies umso mehr, als die Investitionen in den ersten Monaten des Jahres 2000 um 6 vH wuchsen. Allerdings deutet der Rückgang der Auftragsbestände der Bauunternehmen während des Jahres 1999 auf eine mögliche Abschwächung der Investitionstätigkeit hin. Insbesondere die Projekte, die aus den Mitteln des föderalen Haushaltes finanziert sind, hatten aufgrund von Budgetkürzungen mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Von den 193 Objekten, deren Fertigstellung für 1999 vorgesehen war, wurden lediglich 15 fristgemäß abgeschlossen. Eine ungeklärte Finanzierung gefährdet weiterhin die Fertigstellung zahlreicher Projekte.

Eine verhältnismäßig geringe Steigerung der entgeltlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung (2,4 vH) und ein starker Rückgang des Einzelhandelsumsatzes (7,7 vH) spiegeln eine weitere Senkung des Lebensstandards der privaten Haushalte wider. Bei sinkenden Lebensmittelumsätzen im Einzelhandel (8,4 vH) stieg der Verkauf von Alkohol um 3,1 vH. Demnach hätte der Anteil der Lebensmittel am Einzelhandelsumsatz sinken müssen. Er stieg aber auf knapp über 48 vH, was auf Verzerrungen entweder im Warenkorb oder bei der Preiserfassung zurückzuführen ist. Der Umsatz dauerhafter Konsumgüter sank um 7,2 vH; sein Anteil am Gesamtumsatz lag bei 51,9 vH (53 vH im Jahr 1998).

Die finanzielle Lage des Unternehmenssektors³ verbesserte sich im Vorjahr schlagartig, und die zwischenbetriebliche Verschuldung ging etwas zurück. Das saldierte Betriebsergebnis (Gewinn minus Verlust) betrug im Zeitraum Januar bis November 1999 fast 500 Mrd. Rubel und war somit auf fast das Zwanzigfache des Wertes der gleichen Periode im Jahre 1998 geschnellt. Am meisten profitierten von der Abwertung und dem Anstieg der Weltmarktpreise die Unternehmen der Petrochemie und der NE-Metallurgie. Der Anteil der Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis stieg auf fast 60 vH (von 52 vH im gleichen Zeitraum 1998). Der

³ Ohne Kleinunternehmen, Banken, Versicherungen und budgetären Organisationen.

bislang einem besonders starken Anpassungsdruck unterworfenen Maschinenbau konnte seine finanzielle Lage ebenfalls verbessern.

Einer der Faktoren, der dazu beitrug, dass die russische Industrie von der Finanzkrise nach dem August 1998 nicht allzu drastisch betroffen wurde, war der relativ hohe Umfang von Bartergeschäften und anderen Geschäften, die mit Geldsurrogaten abgewickelt wurden. Auf diese Weise umgingen die Unternehmen eine gesunkene Kreditvergabebereitschaft der Banken. Die Ursachen für Barter- und andere Geschäfte ohne Einbeziehung legalen Geldes sind vielfältiger Art;⁴ sie wirkten sich im wesentlichen darin aus, dass Unternehmen Zahlungen über Bankkonten vermieden und somit auch – in der kritischen Phase nach Ausbruch der Finanzkrise – nicht Gefahr liefen, den Zugriff auf Bankkonten zu verlieren.⁵

Trotz einer von verschiedenen Umfragen Anfang 2000 prognostizierten Abschwächung der Nachfrage plante mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen für die nächsten Monate eine Produktionserhöhung.⁶ Der Zuwachs der Industrieproduktion betrug in den ersten zwei Monaten 2000 13 vH (gegenüber der Vorjahresperiode); die Leistungen der Bauwirtschaft stiegen um 2,6 vH.⁷

Eine der wesentlichen Konsequenzen der Finanzkrise im August 1998 war die markante Beschleunigung der Inflation, verursacht durch die starke Rubelabwertung. Einige Beobachter befürchteten ursprünglich eine Hyperinflation.⁸ Allerdings beruhigte sich die Inflation 1999 wieder rasch. Die monatliche Steigerung der Verbraucherpreise schwächte sich im ersten Quartal 1999 von 3 bis 4 vH auf durchschnittlich weniger als 2 vH in der zweiten Jahreshälfte ab (vgl. Abbildung 2). Die Jahresinflation (Dezember gegenüber Dezember) betrug 1999 nur 36,6 vH. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise noch um knapp 86 vH. Die monatliche Veränderung der Erzeugerpreise der Industrie lag im gesamten Jahr 1999 oberhalb der Steigerungsrate der Verbraucherpreise. Jahresdurchschnittlich fiel der Anstieg der Erzeugerpreise mit 59 vH niedriger aus als der Anstieg der Verbraucherpreise. Ursache hierfür waren die stärkeren Ausschläge der Verbraucherpreise unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise. Auch im Januar und Februar 2000 stiegen die Produzentenpreise stärker als die Verbraucherpreise. Letztere verzeichneten im März 2000 nur noch einen Anstieg von 0,6 vH.

⁴ Vgl. unter anderem EBRD: Transition Report 1999. London, 1999, S. 142.

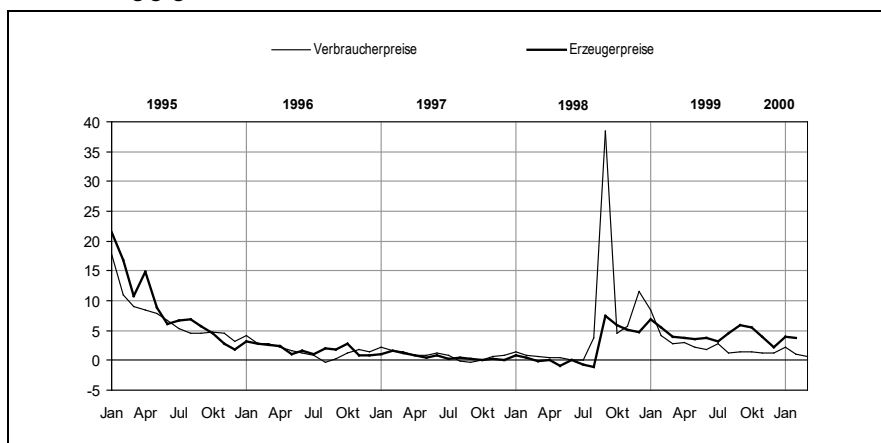
⁵ Nach einer Umfrage nannten 50 vH repräsentativ ausgewählter russischer Unternehmen die Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus als Hauptgrund für die Verwendung von Geldsurrogaten, 70 vH nannten Liquiditätsprobleme (vgl. OECD: Economic Survey, Russian Federation, März 2000).

⁶ Vgl. Russian Business Surveys Bulletin. Institute for the Economy in Transition. Moskau, 28. Januar 2000.

⁷ Vgl. *Ekonomika i oïzn'*, Nr. 13, März 2000, S. 31.

⁸ Vgl. RECEP: Russian Economic Trends. Vol. 7, Nr. 4, 1998. Moskau, S. 13.

Abbildung 2:
 Monatliche Inflationsraten
 - Veränderung gegenüber dem Vormonat in vH -



Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 176 f, 197 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; Informacija o social'no-ekonomičeskom položenii Rossii janvar'-sent-jabr' 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 2000.

Unter den Lebensmitteln stiegen die Preise für Brot und Mehlprodukte (um 70 vH, Dezember gegenüber Dezember) und Alkoholika (43 vH) am stärksten. Diese Verteuerung dürfte vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten erheblich getroffen haben. Unter den industriellen Verbrauchsgütern stiegen vor allem die Preise für Textilien (60 vH), Bekleidung und Schuhe (jeweils 50 vH) und für Benzin (170 vH). Gleichwohl blieben viele russische Waren nach der Abwertung zum Teil erheblich (um bis zur Hälfte) billiger als importierte Produkte. Unter den Dienstleistungen stiegen im Vorjahr am stärksten die Transporttarife (43 vH).

Unter den Erzeugerpreisen der Industrie nahmen die Preise in der Rohölförderung und der Petrochemie (um 150 bis 240 vH, Dezember gegenüber Dezember), in der Stahl- und Buntmetallurgie (90 bis 116 vH) sowie in der Holz- und Papierindustrie (68 vH) überdurchschnittlich zu. Der Anstieg der Preise blieb jedoch weit unter einem kombinierten Effekt aus Rubelabwertung und Anstieg der Weltmarktpreise für Energie. Dazu beigetragen hat, dass einige Monopolunternehmen (beispielsweise Gazprom und die Elektrizitätswirtschaft) im Juni 1999 ein Abkommen über das Einfrieren der Preise für Lieferungen an den öffentlichen Sektor unterzeichneten.

Das insgesamt abnehmende Krisenpotential der Volkswirtschaft kommt auch in dem hier verwendeten Signalansatz zum Ausdruck. Dabei wurden innerhalb des jüngsten Betrachtungszeitraumes (Juni 1998 bis Dezember 1999) 18 makroökono-

mische und sektorale Indikatoren untersucht.⁹ Während im Vorlauf der Finanzkrise im August 1998 noch knapp 80 vH der Indikatoren Warnsignale aussendeten (vgl. Abbildung 3), reduzierte sich deren Zahl bis zum Jahresende 1999 deutlich.

Tabelle 3:
Preisentwicklung, 1991 bis 1999
- Veränderungen Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres in vH -

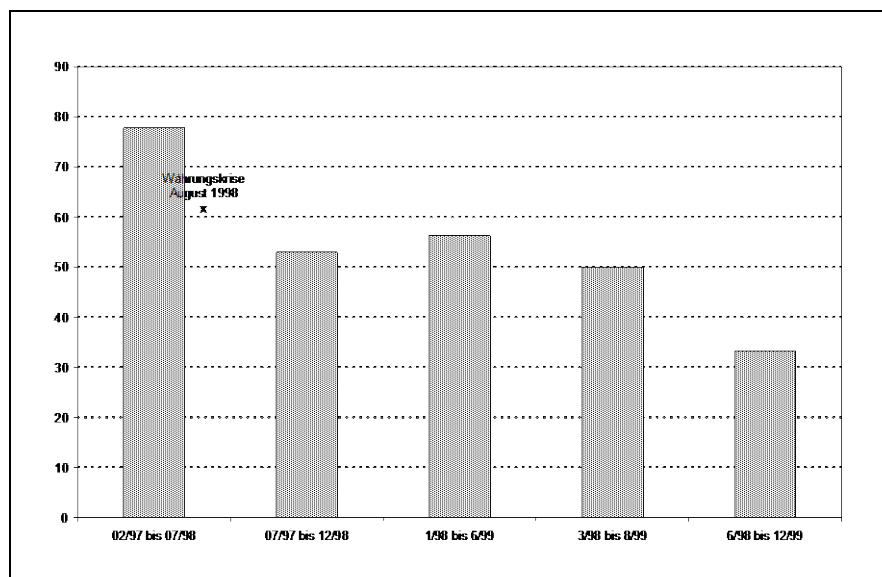
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Verbraucherpreise	160	2.510	840	2.115	131	22	11	84	37
Nahrungsmittel	171	2.570	838	233	123	18	9	96	32
Alkoholische Getränke	52	2.370	655	131	127	53	18	-	-
Andere Konsumgüter	211	2.570	642	169	116	18	8	100	33
Dienstleistungen	79	2.120	2.310	522	232	48	23	18	28
Industrielle Erzeugerpreise	240	3.280	895	233	175	26	7	23	67
Elektrizitätswirtschaft	110	5.410	1.258	229	199	35	9	3	14
Brennstoffindustrie	130	9.170	634	201	187	40	11	1	135
Eisen- und Stahlindustrie	240	3.520	1.086	242	185	16	1	12	89
NE-Metallurgie	230	5.120	558	296	121	12	3	76	116
Chemieindustrie	170	3.790	848	262	168	18	5	26	44
Petrochemie	150	5.250	672	260	167	24	11	17	66
Maschinenbau und Metallverarbeitung	210	2.620	949	230	178	24	9	29	50 ^a
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1.920	889	271	174	12	8	43	68
Baustoffindustrie	210	2.710	1.145	212	171	34	8	13	37
Leichtindustrie	370	1.160	381	241	163	20	10	44	56
Nahrungsmittelindustrie	310	2.630	971	208	156	22	11	53	63

^a Nur Maschinenbau.

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 176 f., 197 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; Informacija o social'no-ekonomičeskom položenii Rossii janvar'-sent-jabr' 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 2000.

⁹ Zu der Methodik des Signalansatzes vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: How good are leading indicators for currency and banking crises in Central and Eastern Europe: An empirical test. IWH-Diskussionspapiere Nr. 95, 1999, sowie BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Unterschiedliche Risikopotentiale für Währungsturbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1999, S. 8-12.

Abbildung 3:
Anteil der warnenden Indikatoren an den gesamten Indikatoren während eines Betrachtungszeitraumes sowie zum Krisenzeitpunkt
- in vH -



Quelle: WIIW-Monatsdatenbank; BIS; IMF; eigene Berechnungen.

Bei allen Indikatoren ist zum Ende des Betrachtungszeitraums eine spürbare Verbesserung zu verzeichnen. Gleichwohl haben während des zweiten Halbjahres 1999 noch sechs Indikatoren ihre Grenzwerte überschritten. Am deutlichsten fiel die Überschreitung bei den Finanzindikatoren aus. Dies deutet auf fortgesetzte Probleme im Bankensektor hin. Drei andere wichtige Indikatoren (realer Wechselkurs, Exporte und Devisenreserven) wiesen trotz der stark verbesserten Handelsbilanz auf ungünstige Entwicklungen im außenwirtschaftlichen Bereich. Während der letzten Monate des vergangenen Jahres verließen diese Indikatoren den Signalebereich, so dass die weitere Entwicklung vor dem Hintergrund abnehmender Risiken im Währungs- und Finanzbereich durchaus positiv zu beurteilen ist.

Staatshaushalt und monetäre Indikatoren

Nach dem Kollaps des GKO/OFZ-Marktes und der Einstellung des Schuldendienstes im August 1998 war die Regierung von der Außenfinanzierung abgeschnitten und somit gezwungen, einen restriktiven Budgetkurs einzuschlagen. Das Budget für das Jahr 1999 sah einen Primärüberschuss von 1,7 vH des BIP vor, unter der Annahme eines durchschnittlichen Wechselkurses von 21,5 Rubel pro US-

Dollar, einer Jahresinflation von weniger als 30 vH und einem geringfügigen Rückgang des BIP.¹⁰ Die Einnahmen wurden mit 473,7 Mrd. Rubel (11,8 vH des BIP), die Ausgaben mit 575,1 Mrd. Rubel (14,4 vH des BIP) veranschlagt. Das Defizit des konsolidierten Haushalts (inklusive Schuldendienst) sollte 2,5 vH des BIP nicht überschreiten. Für die Bedienung der Staatsschulden wurden 166,8 Mrd. Rubel (etwas mehr als 4 vH des BIP) vorgesehen. Nicht zuletzt auf Druck des IWF wurde die geplante Senkung der Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte (von 20 vH auf 15 vH) aufgeschoben. Außerdem beschloss die Regierung zusätzliche Einnahmen zu mobilisieren.¹¹

Die Entwicklung der fiskalischen Indikatoren im Verlauf des Jahres 1999 fiel günstiger als erwartet aus. Zusätzliche Einnahmen entstanden aus der besseren Entwicklung der Industrieproduktion und der etwas höheren Inflation. Bereits im Zeitraum Januar bis September überstiegen die Einnahmen des föderalen Budgets den Voranschlag um 17,6 vH, während die Ausgaben um 1,5 vH darunterlagen. Die Steuereinnahmen erreichten bereits 81,6 vH des Jahresplans, und die Einnahmen aus der Gewinnsteuer waren sogar um mehr als 40 vH höher.¹² Nach vorläufigen Zahlen für das gesamte Jahr lagen die föderalen Einnahmen bei 600 Mrd. Rubel (13,4 vH des BIP), die Ausgaben waren lediglich um 74 Mrd. Rubel höher (15,1 vH des BIP), und der Primärsaldo wies einen Überschuss von 2 vH des BIP auf.¹³ Für den Schuldendienst wurden lediglich etwa 3,6 vH des BIP (160 Mrd. Rubel) aufgewendet. Das konsolidierte Budget weist für das gesamte Jahr ein Defizit von 1,2 vH des BIP auf, dem niedrigsten Wert seit Beginn der Reformen (vgl. Tabelle 4). Die Binnenschulden der Russischen Föderation sanken innerhalb des Jahres um ein Drittel auf 490,8 Mrd. Rubel (11 vH des BIP). Diese starke Reduzierung der Binnenschulden wurde ermöglicht, weil zunächst die inländischen und später (Anfang März 1999) auch die ausländischen Halter von GKO einem Forderungsverzicht zustimmen.¹⁴ Eine Verbesserung der fiskalischen Situation trat auch dadurch ein, dass die Praxis der Begleichung von Steuerschulden in Form von Wechseln und anderen Geldsurrogaten nachließ. Die Erlössteigerung aus Abwertung und Rohölpreisanstieg hat die Bereitschaft einiger Steuerschuldner des Energiesektors sichtlich erhöht, ihre Steuern in Form von Geld zu zahlen.

¹⁰ Der IWF kritisierte die Budgetparameter scharf und bezeichnete das Budget als "neither sufficiently ambitious, nor realistic". Vgl. *Financial Times*, 18. Januar 1999, S. 3.

¹¹ Verordnung Nr. 477 vom 30. April 1999. Vgl. *Den'gi i Kredit*, Nr. 12, 1999, S. 22.

¹² Vgl. *Den'gi i Kredit*, ebenda.

¹³ Vgl. *Russian & Baltic Economies. The Week in Review*, Nr. 8, 2000, Bank of Finland, BOFIT, 25. Februar 2000.

¹⁴ Vgl. DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Vierzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 3/1999, S. 32.

Tabelle 4:
Konsolidierter Haushalt
- Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben -

	1993	1997	1998	1999	1993	1997	1998	1999
	in vH der Gesamteinnahmen/ -ausgaben				in vH des BIP			
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	29,0	23,5	24,5	26,8
Gewinnsteuer	33,8	15,8	14,7	18,4	9,8	3,7	3,6	4,9
Einkommensteuer	8,8	11,6	10,8	9,8	2,6	2,7	2,7	2,6
Akzisen	3,6	10,3	10,3	9,1	1,0	2,4	2,5	2,4
Mehrwertsteuer	22,5	26,5	23,8	24,0	6,5	6,2	5,8	6,4
Außenwirtschaft	4,7	1,1	2,4	2,9	1,4	0,3	0,6	0,8
Einnahmen:								
aus Staatsvermögen	.	2,0	2,0	1,9	.	0,5	0,5	0,5
aus Privatisierung	.	1,8	2,7	.	.	0,4	0,7	.
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	8,1	.	.	.	2,2
Sonstige Einnahmen	26,6	30,9	33,3	33,3	7,7	7,3	8,2	7,0
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	33,6	28,6	28,0	28,0
Volkswirtschaft	28,1	.	.	.	9,4	.	.	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	4,6	2,9	2,5	.	1,3	0,8	0,7
Landwirtschaft, Fischerei	.	3,4	2,6	2,9	.	3,4	0,7	0,8
Transport, Kommunikation	.	2,8	2,5	2,1	.	0,8	0,7	0,6
Sozial-kulturelle Zwecke	24,9	34,0	31,7	29,2	8,4	9,7	8,9	8,2
Bildung
Gesundheit
Soziale Sicherung
Verteidigung	12,5	10,2	7,5	9,3	4,2	2,9	2,1	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	7,3	10,3	9,6	9,6	2,4	2,9	2,7	2,7
Außenwirtschaft	4,8	.	.	.	1,6	.	.	.
Schuldendienst	.	6,2	14,2	13,0	.	1,8	4,0	3,6
Umweltschutz	.	0,5	0,4	0,4	.	0,2	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	7,4	.	.	.	2,1
Sonstige Ausgaben	22,5	28,0	28,5	23,6	7,6	5,6	8,0	6,6
Saldo in vH des BIP	-13,8	-18,0	-18,4	-4,3	-4,6	-5,1	-5,8	-1,2

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij očegodnik 1995, Moskau 1995; Rossijskij statističeskij očegodnik 1996, Moskau 1996; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998; 1999 g.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 2000, janvar' 2000; Moskau.

Für das laufende Jahr 2000 peilt die Regierung eine weitere Senkung der Inflation (auf 18 vH im Dezember gegenüber Dezember 1999) und ein Wachstum des BIP um 1,5 vH an.¹⁵ Erstmals wurde ein Budget vor Beginn des betreffenden Haushaltsjahres verabschiedet. Der föderative Haushalt rechnet mit Ausgaben von 855 Mrd. Rubel; die Einnahmen sind mit 797 Mrd. Rubel veranschlagt, und der positive Primärsaldo soll auf 3,1 vH des BIP ansteigen. Die Ausgaben enthalten bereits eine Steigerung des Verteidigungshaushalts um 50 vH, in deren Folge sein Anteil an den Gesamtausgaben von 9,3 vH auf schätzungsweise 11 vH steigen wird. Das konsolidierte Defizit soll wie 1999 lediglich 1 vH des BIP betragen.¹⁶ Für den Zinsendienst sind 4,1 vH des BIP (220 Mrd. Rubel) ausgewiesen. Dies entspricht 6,8 Mrd. US-Dollar nach Umrechnung mit dem geplanten Wechselkurs von 32 Rubel pro US-Dollar im Jahresdurchschnitt. Nach der Umschuldung mit den Gläubigern des Londoner Clubs beträgt der gesamte Schuldendienst, d.h. Zinsen und Tilgung für das Jahr 2000 noch etwa 10 Mrd. US-Dollar.¹⁷ Damit sichert der Haushalt noch keine vollständige Bedienung der Auslandsschulden für das Jahr 2000. Die Regierung hofft vielmehr auf neue Kredite zur Finanzierung der Tilgungszahlungen.

Die verbesserte fiskalische Situation in Kombination mit einer Erholung der Wirtschaft und sinkenden Inflationsraten bewog die Zentralbank zu einer leichten geldpolitischen Lockerung seit Mitte 1999. Die niedrigeren Inflationsraten ermöglichten eine Senkung der offiziellen Zinssätze. Gleichwohl blieben die Realzinsen in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 nahezu unverändert. Im ersten Quartal 2000 hat die Zentralbank ihre Politik der schrittweisen Senkung der Refinanzierungszinsen fortgesetzt. Der offizielle Refinanzierungszinssatz wurde in drei Schritten von 55 vH im Januar 2000 bis auf 33 vH im März 2000 gesenkt (siehe Abbildung 4).

Im Verlauf des Jahres 1999 nahm die nominale Geldmenge M2 um 57 vH zu (vgl. Tabelle 5). Sie lag damit deutlich oberhalb des für 1999 angestrebten Zielwertes von 18 bis 26 vH. Trotzdem haben die Marktteilnehmer die Zielabweichung angesichts fallender Inflationsraten offensichtlich nicht als eine Gefährdung für die Stabilität des Preisniveaus angesehen. Der Anstieg der enger gefassten Bargeldmenge mit 42 vH entsprach etwa dem Vorjahreswachstum. Das Auseinanderfallen der Entwicklung von Bargeldmenge und M2 ist darauf zurückzuführen, dass die Bargeldquote deutlich sank und der Geldschöpfungsmultiplikator – selbst bei leicht gestiegenen Mindestreservesätze¹⁸ – zunahm. Ermöglicht wurde die starke Zunahme der Geldmenge durch eine unvollständige Sterilisierung der Devisen-

¹⁵ Vgl. "Osnovnye napravlenija edinoj gosudarstvennoj denežno-kreditnoj politiki na 2000 god", Den'gi i Kredit, a. a. O., S. 3-43.

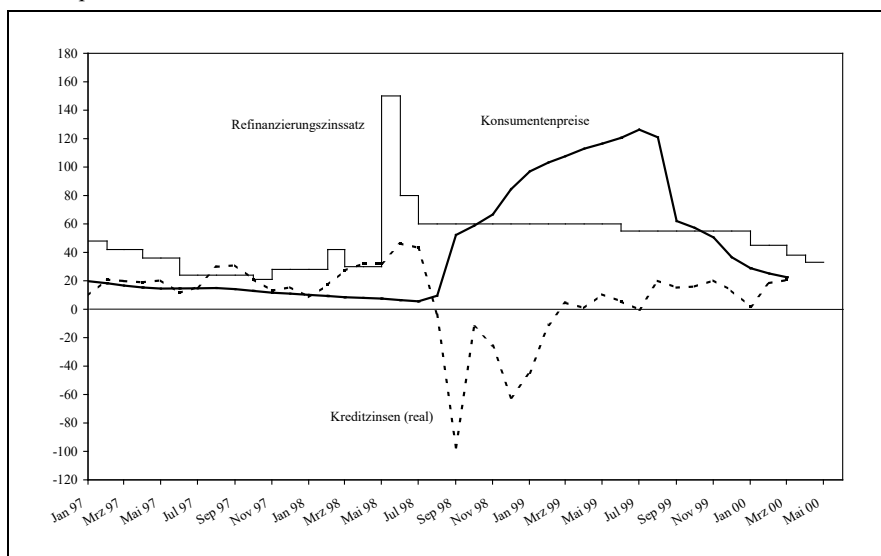
¹⁶ Vgl., Izvestija, 4. Dezember 1999, S. 5.

¹⁷ Vgl. Finansovye Izvestija, 12. August 1999, S. II: Laut Aussage von Finanzminister Kasjanow beträgt der Schuldendienst heuer 10,2 Mrd. US-Dollar, im Jahr 2001 10,4 Mrd. US-Dollar und 9,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2002. Vgl. Komersant Vlast, 29. Februar 2000, S. 17.

¹⁸ Vgl. Den'gi i Kredit, ebenda.

zuflüsse. Insgesamt deutet die Kombination aus rückläufiger Inflation und erhöhtem Geldangebot auf eine gestiegene Geldnachfrage hin.

Abbildung 4:
Entwicklung ausgewählter Zinssätze und der Verbraucherpreise, 1997 bis März 2000
- in vH p. a. -



Anmerkung: Kreditzinssatz: Zinssatz für Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr; deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex (annualisierte monatliche Veränderung); Konsumentenpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quellen: Central Bank of Russia, Bulletin of Banking Statistics, No. 1 (80), S. 27; WIIW-Datenbank; eigene Berechnungen.

Die Zentralbank verfolgt für das Jahr 2000 ein Inflationsziel von 18 vH (Dezember zu Dezember). Als Wachstumsziel für die Geldmenge M2 werden 21-25 vH bis zum Jahresende 2000 angestrebt. Damit wird auch für 2000 eine reale Ausweitung der Geldmenge angepeilt.

In Folge der zunehmenden realwirtschaftlichen Belegung und des Rückgangs der Bartergeschäfte kam es in der zweiten Hälfte 1999 zu einer Remonetisierung der Wirtschaft und einer Ausweitung der Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und private Haushalte (vgl. Abbildung 5). Der Umfang der gewährten Kredite stieg bis Dezember 1999 um knapp 10 vH an. Die reale Geldmenge M2 lag im Dezember 1999 rund 15 vH über dem entsprechenden Vorjahreswert. Gleichwohl lag sie damit noch deutlich unter dem Niveau (-19 vH) vor Ausbruch der Währungs- und Finanzkrise im August 1998.

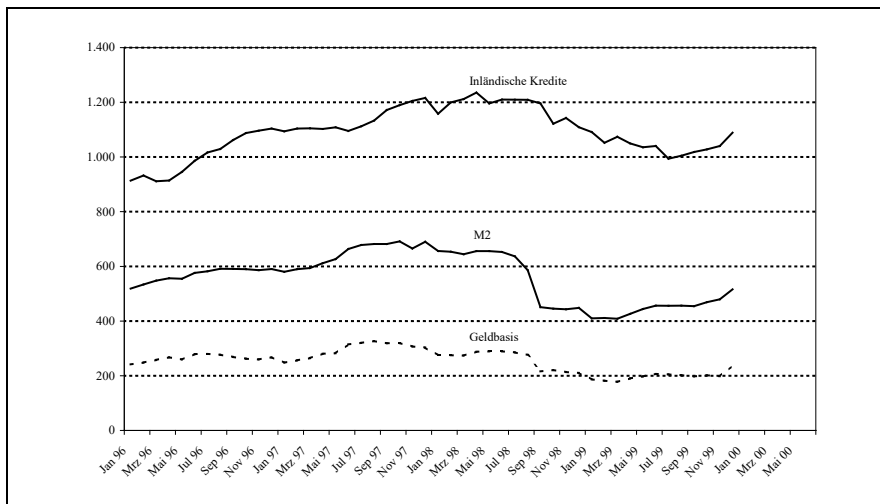
Tabelle 5:
Geldmengen- und Kreditaggregate, 1992 bis 1999
- Veränderungen gegenüber dem Ende der Vorperiode in vH -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1999			
								I.	II.	III.	IV.
Bargeld	691	169	126	29	26	44	42	-7	24	-2	25
Geldbasis	648	188	116	26	26	28	54	-2	25	1	25
M2 ^a	409	200	126	31	30	20	57	6	20	5	18
Bankkredite ^b	448	240	60	16	19	41	50	10	4	9	21
<i>Nachrichtlich:</i>											
Erzeugerpreise	900	233	175	26	8	23	76	17	11	14	18
Verbraucherpreise	840	214	132	22	11	85	37	16	7	6	4

^a Ohne Konten in ausländischen Währungen. – ^b Kredite des Bankensystems an Unternehmen und Haushalte.

Quellen: WIIW Datenbank 1999; International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics, Washington, D.C., 1999; eigene Berechnungen.

Abbildung 5:
Reale Entwicklung von Kredit- und Geldmengenaggregaten, 1996 bis 1999
- in Mrd. Rubel -



Anmerkung: Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex, Dezember 1998=100.

Quellen: International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics, Washington, D.C.; Russian Economic Trends, Monthly Update, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnungen.

Die Geschäftsbanken bildeten 1999 umfangreiche Überschussreserven bei der Zentralbank, die bei rascher Auflösung die Preisstabilität gefährden könnten. Die Einlagen der inländischen Kreditinstitute bei der Zentralbank stiegen 1999 um 84 vH, während die Spar- und Termineinlagen bei den Kreditinstituten lediglich um rund 16 vH zunahmen.¹⁹ Dies lässt den Schluss zu, dass die Einlagen der Banken die gesetzlich geforderte Mindestreservepflicht bei weitem überstiegen. Mit der Emission von eigenen Anleihen versuchte die Zentralbank im Rahmen einer zunächst vorsichtigen Offenmarktpolitik den Überschuss zu absorbieren, nachdem die Duma im Juni 1999 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.²⁰ Als weitere Maßnahme wurden die Mindestreservesätze seit Anfang 1999 dreimal erhöht (März und Juni 1999, Januar 2000).²¹ Das Anwachsen der Überschussreserven konnte jedoch nur wenig gebremst werden. Restriktivere Maßnahmen der Zentralbank hätten Zinserhöhungen induziert und damit ihre bisherige Politik konterkariert.

Die Restrukturierung des Bankensystems kam 1999 trotz der Gründung einer Agentur zur Restrukturierung des Bankensystems (ARKO) nur schleppend voran.²² Zwar ging die Zahl der lizenzierten Banken im Laufe des Jahres 1999 von 1.470 auf 1.350 im Dezember zurück. Insgesamt ist aber der Lizenzentzug durch die Zentralbank als der zuständigen Aufsichtsbehörde noch zu zögerlich, da ungefähr ein Drittel der Banken als zahlungsunfähig und insolvent gilt.²³ Die fehlende Konsolidierung des Bankensystems schlug sich auch in einem starken Anwachsen der Zahlungsrückstände gegenüber dem Staatshaushalt nieder.

Trotz der Schließung zahlreicher Banken ist die Größe des Bankensystems relativ zur wirtschaftlichen Aktivität gewachsen: Die gesamten Aktiva des Bankensystems erreichten im Dezember 1999 einen Anteil von rund 37 vH am BIP verglichen mit 21 vH im Juli 1998, dem Monat vor der Währungs- und Finanzkrise. Ursache für die Zunahme der Bedeutung des Bankensystems waren zum einen Bewertungseffekte durch die Abwertung des Rubel und zum anderen eine zunehmende Denominierung von Bankaktiva in Devisen. Ein wesentlicher Teil der Aktiva sind Kreditforderungen. Während vor der Währungskrise die Devisenkredite knapp 47 vH der gesamten Kredite ausmachten, stieg ihr Anteil gegen Ende des Jahres 1999 auf etwa 54 vH an. Als positiv ist zu bewerten, dass mit dem Anstieg des Anteils der

¹⁹ Angaben über die absolute Höhe der gesetzlichen Mindestreserven der Kreditinstitute werden von der Zentralbank nicht veröffentlicht.

²⁰ Vgl. GERASHCHENKO, V.: On Bank of Russia Preliminary Results for 1999 and Main Objectives for 2000, http://www.cbr.ru/eng/publications/GERACH_2000_e.htm, 15.3.2000.

²¹ Im Januar 2000 wurde der Mindestreservesatz für Rubel- und Devisenkonten von juristischen Personen und für Devisenkonten von Privatpersonen von 8,5 vH auf 10 vH angehoben und der Satz für Rubelkonten von Privatpersonen von 5,5 vH auf 7 vH erhöht (vgl. http://www.cbr.ru/eng/dp/res_intr_engl.htm, 15.3.2000).

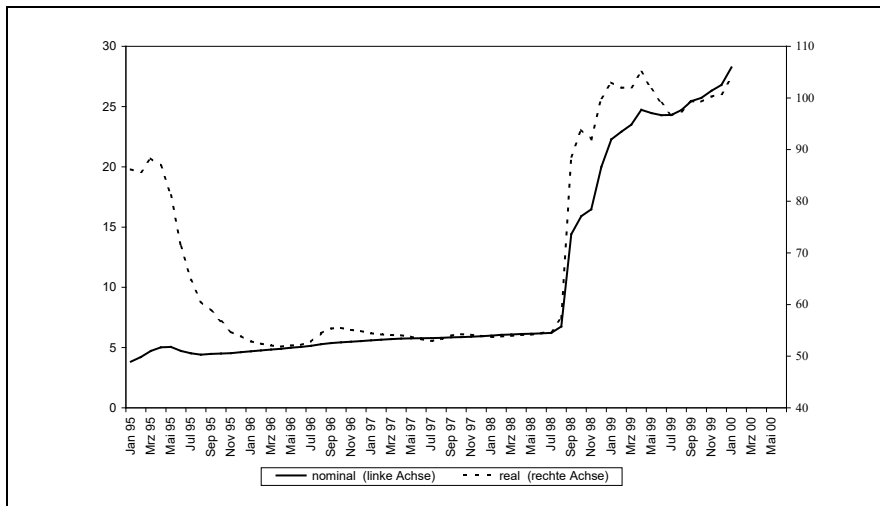
²² Vgl. zur Tätigkeit der ARKO. DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Fünfzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 10/1999, S. 42-44.

²³ Vgl. die gemeinsame Erklärung der Regierung und der Zentralbank; <http://www.minfin.vn/sdds/seg.htm>; 21.3.2000.

Fremdwährungskredite eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten einherging. Im Juli 1998 wiesen noch knapp 24 vH der gesamten Kredite eine Laufzeit von mehr als einem Jahr auf, dagegen waren es Anfang Dezember 1999 bereits über 26 vH.

Der russische Rubel hat 1999, verglichen mit dem Vorjahr, weniger an Wert verloren. Die Abwertung des Rubel gegenüber dem US-Dollar hatte im Dezember 1998 noch 70 vH gegenüber dem Dezember 1997 betragen, dagegen wertete der Rubel im Verlauf des Jahres 1999 nominal nur um etwa 25 vH ab (vgl. Abbildung 6).²⁴ Eine stärkere nominale Abwertung verhinderte die Zentralbank durch Interventionen auf den Devisenmärkten und durch die Einführung einer Depotpflicht für Importe bei der Zentralbank. Damit ist es der Zentralbank gelungen, mit einem nominalen Wechselkurs von 26,8 RUB/US-Dollar gegen Jahresende ihr Wechselkursziel zu erreichen.

Abbildung 6:
Wechselkurs des russischen Rubel zum US-Dollar, 1995 bis 1999



Anmerkung: Realer Wechselkurs berechnet auf der Grundlage der Verbraucherpreise, Dezember 1998 = 100. Eine Aufwärtsbewegung des nominalen Kurses entspricht einer Abwertung, des realen Kurses dagegen einer Aufwertung.

Quellen: WIIW Datenbank; eigene Berechnungen.

²⁴ Bei der Berechnung des Wertverlustes des Rubel in vH wird das Verhältnis US-Dollar zu Rubel verwendet.

Die nominale Abwertung im Jahresverlauf 1999 entsprach etwa der jährlichen Steigerung der Verbraucherpreise (Dezember zu Dezember). Deflationiert mit den Erzeugerpreisen ergab sich eine reale Aufwertung von fast 20 vH.²⁵

Die Prognose der Regierung und der Zentralbank sieht ein Wechselkursziel im Jahresdurchschnitt 2000 von 32 Rubel pro US-Dollar vor. Der reale Wechselkurs könnte nur stabil gehalten werden, wenn die durchschnittliche Inflationsrate 30 vH nicht übersteigen. Nach der Preisentwicklung im ersten Quartal 2000 erscheint dieses Ziel realistisch.

Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage

Auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes erhöhte sich die Zahl der Erwerbspersonen (Beschäftigte plus Arbeitslose) 1999 wieder deutlich gegenüber dem Vorjahr, und zwar von durchschnittlich 72,2 Mio. auf 73,7 Mio. (vgl. Tabelle 6). Dies ist auch einer wachsenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verdanken, da die geburtenstarken Jahrgänge höher ausfallen als die durch den II. Weltkrieg geprägten Jahrgänge, die ins Rentenalter überwechseln. Dieser demografische Druck wurde in den vergangenen Jahren dadurch gemildert, dass die Erwerbsquote abnahm. Im vergangenen Jahr nahm die Erwerbsquote aber erstmals wieder zu, und stieg auf 85,2 vH (1998: 84,3 vH).²⁶ Eine Erklärung dafür könnte darin bestehen, dass die privaten Haushalte die hohen Realeinkommensverluste auszugleichen versuchten, die sie im Zuge der Finanz- und Währungskrise seit September 1998 erlitten hatten. Dies schlug sich nicht nur in einer höheren Anzahl arbeitsbereiter Rentner nieder, sondern möglicherweise auch in einer gesunkenen Bildungsbeteiligung der jungen Generation. Der demografische Faktor und eine höhere Arbeitsbereitschaft kamen Anfang 1999 zunächst in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit,²⁷ im späteren Verlauf des Jahres dann aber in einer höheren Beschäftigung zum Ausdruck. Die nach der ILO-Methode (hochgerechnete Umfrageergebnisse)²⁸ ermittelte Zahl der Arbeitslosen nahm von durchschnittlich 8,3 Mio. Personen im zwei-

²⁵ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die reale Abwertung im Jahr 1998 auf der Basis der Erzeugerpreise mit 164 vH deutlich stärker ausfiel als auf Basis der Verbraucherpreise (85 vH).

²⁶ Es ist zu beachten, dass die Berechnung der Arbeitslosigkeit nach der ILO-Methode auch Rentner erfasst, d. h. die hier berichtete Erwerbsquote wird dadurch erhöht, dass in Russland die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur Personen bis höchstens 60 Jahre umfasst.

²⁷ Bei der Erklärung der Arbeitslosenquote müsste auch eine sinkende Bevölkerung berücksichtigt werden. Dies führt unter sonst gleichen Bedingungen zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und bei einer steigenden Zahl von Personen im arbeitsfähigen Alter per se zu einer gewissen Arbeitslosigkeit.

²⁸ Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 2000, S. 192 ff. Nach der ILO-Methode wird in repräsentativen Umfragen jener nicht erwerbstätigen Personenkreis ermittelt, der Arbeit sucht (nicht nur über Arbeitsämter) oder bereit ist, Arbeit in einer bestimmten Frist anzutreten. Die Ergebnisse werden auf die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung hochgerechnet und von Goskomstat veröffentlicht. Ab 1999 werden diese Umfragen quartalsweise durchgeführt; in diesem Jahr wurde die Methode selbst modifiziert.

ten Quartal 1998 auf 10,2 Mio. im ersten Quartal 1999 zu, um danach auf 9 Mio. im vierten Quartal zu sinken. Die Arbeitslosenquote betrug jahresdurchschnittlich 12,5 vH, im vierten Quartal 12 vH.

Tabelle 6:
Entwicklung der Beschäftigung, 1992 bis 1999

	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Arbeitslose		Erwerbsquote	Arbeitslosenquote		
				nach ILO ^d	davon registriert		nach ILO	registrierte Arbeitslose ^a	registrierte zu ILO-Quote
in Mio.						in vH			
<i>Jahreszahlen^a</i>									
1992	83,7	74,9	71,3	3,6	0,6	89,5	4,8	0,8	16,7
1993	83,8	74,1	69,9	4,2	0,8	88,4	5,7	1,1	19,3
1994	84,1	72,9	67,4	5,5	1,6	86,7	7,5	2,2	29,3
1995	84,2	73,0	67,0	6,0	2,3	86,7	8,2	3,2	39,0
1996	84,3	72,6	66,0	6,6	2,5	86,1	9,1	3,4	37,4
1997	84,8	72,1	65,4	6,7	2,0	85,0	9,3	2,7	29,0
1998	85,6	72,2	63,6	8,6	1,9	84,3	11,9	2,6	21,8
1999	86,5 ^b	73,7	64,5	9,2	1,6	85,2 ^b	12,5	2,2	17,6
<i>Quartalsdaten^c</i>									
1998:									
1. Quartal	-	72,4	64,0	8,4	2,0	-	11,6	2,8	23,8
2. Quartal	-	72,0	63,7	8,3	1,9	-	11,5	2,6	22,9
3. Quartal	-	71,9	63,5	8,3	1,8	-	11,5	2,5	21,7
4. Quartal	-	72,6	63,3	9,3	1,9	-	12,8	2,6	20,4
1999:									
1. Quartal	-	73,5	63,1	10,2	1,9	-	13,9	2,6	18,6
2. Quartal	-	73,7	64,5	9,2	1,7	-	12,5	2,3	18,5
3. Quartal	-	73,8	65,1	8,7	1,4	-	11,8	1,9	16,1
4. Quartal	-	74,1	65,1	9,0	1,3	-	12,1	1,8	14,9

^a 1992-1995 Jahresendzahlen; 1996-1999 Jahresdurchschnitte. – ^b Eigene Schätzung. – ^c Durchschnitte. – ^d Einschließlich Rentner.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomiäeskoe poloöenie Rossii, Moskva, jeweilige Jahresendausgabe 1995, 1997, 1998 und 1999; eigene Berechnungen.

Auf die Arbeitsnachfrage hatte die Finanzkrise sichtlich keinen signifikanten Einfluss. Die Beschäftigung war von durchschnittlich 63,7 Mio. im zweiten Quartal 1998 auf 63,3 Mio. im ersten Quartal 1999 gesunken. Seit März 1999 nahm die

Beschäftigung zu (und die Arbeitslosigkeit ab), was sowohl auf eine gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften wie auch auf eine verstärkte Anwendung arbeitsmarktpolitischer Instrumente zurückzuführen war. Im vierten Quartal 1999 wurde eine Beschäftigung von 65,1 Mio. Personen erreicht, d. h. 1,4 Mio. mehr als noch im zweiten Quartal 1998. Den Arbeitsämtern wurden im Dezember des vergangenen Jahres 588.000 Stellen angeboten, während es im Dezember des Jahres 1998 nur 328.000 Stellen gewesen waren. Darüber hinaus soll nach offiziellen Angaben die Zahl der von angeordneter Teilzeitbeschäftigung (verkürzte Arbeitstage, Zwangsurlaub) betroffenen Personen im zweiten Halbjahr 1999 zurückgegangen sein.²⁹

Bei der Bewertung dieser Entwicklung ist zu beachten, dass die Zahlen mit hohen Unsicherheiten behaftet sind. Das genaue Maß der Arbeitslosigkeit ist wie in den Vorjahren auch für das Jahr 1999 nicht eindeutig zu bestimmen. Hochrechnungen im Rahmen der ILO-Methode können beispielsweise durch ungenaue Angaben über angeordnete Teilzeitarbeit und Zwangsurlaub verzerrt werden.³⁰ Nach wie vor ist die Diskrepanz zwischen der Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen und der nach der ILO-Methode ermittelten Arbeitslosen besonders auffällig. Diese Diskrepanz ist seit 1996 kontinuierlich gewachsen. Zwei Faktoren könnten dabei eine Rolle gespielt haben: Erstens sind die finanziellen Anreize für Arbeitslose, sich bei den Arbeitsämtern zu melden, äußerst gering. Zweitens nahm besonders 1999 die Zahl jener Personen zu, die von den Arbeitsämtern in sog. gesellschaftliche Arbeit überführt wurden und somit aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen. Insgesamt umfasste dieser sich herausbildende „zweite“ Arbeitsmarkt³¹ im vergangenen Jahr eine halbe Million ehemaliger Arbeitsloser, dies waren ein Drittel mehr als 1998.³² Der Terminus „gesellschaftliche Arbeit“ umfasst vor allem soziale (karitative) Tätigkeiten (beispielsweise Betreuung) und scheint bisher nicht in einem größeren Konflikt mit dem privaten Sektor bzw. dem staatlichen Unternehmenssektor zu stehen. Eine weitere Ausweitung entsprechender Maßnahmen der Arbeitsämter bei sich insgesamt belebender Wirtschaft lässt allerdings für die Zukunft Verdrängungseffekte im Sektor der kleinen privaten Unternehmen und damit auch im „ersten“ Arbeitsmarkt möglich erscheinen. Eine Ausweitung ist insofern zu erwarten, als einem Vertrag zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitnehmern zufolge die nach der ILO-Methode berechnete Arbeitslosenquote im laufenden Jahr 14 vH und im nächsten Jahr 13,5 vH nicht über-

²⁹ Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit, vgl. Rossijskaja Gazeta, 11. Februar 2000.

³⁰ In diesem Bericht werden die von Goskomstat publizierten Ergebnisse verwendet. Andere Berechnungen liegen um einige Prozentpunkte höher, für die viele statistische und methodische Gründe verantwortlich sein könnten. Vgl. zum Beispiel RECEP: Russian Economic Trends, Monthly Update, Juli 1999, S. 12.

³¹ Es fällt schon schwer, in Russland von einem ersten Arbeitsmarkt zu sprechen.

³² Rossijskaja Gazeta, 11. Februar 2000.

schreiten soll.³³ Ein derartiger Anstieg ist unter anderem dann zu erwarten, wenn bei wachsender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch die Erwerbsbereitschaft weiter zunimmt.³⁴

Veränderungen betrafen auch die rechtliche Ausgestaltung der Arbeitsverträge. Verträge gemäß dem alten sowjetischen Arbeitsgesetzbuch mit ihren Kündigungs-, Entlohnungs-, Urlaubs- und anderen Bestimmungen stellten zwar 1999 noch weit mehr als 90 vH aller Arbeitsverträge in Groß- und Mittelbetrieben. Der Anteil sog. zivilrechtlicher Verträge, nach denen die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches keine Anwendung fanden, betrug nur 2,2 vH. Aber die Zahl der Beschäftigten mit diesen Verträgen wuchs 1999 um fast 13 vH gegenüber dem Vorjahr. Mehr Flexibilität in den Arbeitsmarkt soll das neue Arbeitsgesetzbuch bringen, dessen parlamentarische Verabschiedung die Regierung für das Jahr 2000 plant.

In der Retrospektive unterlag die Beschäftigung einem starken sektoralen Wandel (vgl. Tabelle 7): Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie an der Gesamtbeschäftigung ist zwischen 1992 und 1998 drastisch gesunken, von knapp 30 vH auf 22 vH. Aber auch die Anteile des Wissenschaftsbereichs, der Land- und Forstwirtschaft und der Bauwirtschaft sanken erheblich. „Nutznießer“ der Transformation waren bisher Dienstleistungen (u. a. Handel/Gaststätten), die staatliche Verwaltung und bis zur Finanzkrise im August 1998 auch das Banken- und Versicherungsgewerbe. Vorläufige Zahlen für 1999 lassen eine Fortsetzung dieses Trends vor allem für die staatliche Verwaltung und den Wissenschaftsbereich erwarten, während die Industrie nach den früheren Rückgängen nun eher einen überproportionalen Beschäftigungsanstieg verzeichnete. Die Finanzkrise schlug sich in einem recht starken Rückgang des Anteils der Beschäftigung im Banken- und Versicherungsgewerbe nieder; was allerdings nur eine „Delle“ in der längerfristigen Entwicklung sein dürfte.

Im Gefolge der durch die Währungskrise wieder höheren Inflationsrate mussten die privaten Haushalte 1999 erhebliche Einbußen ihrer realen Geldeinkommen hinnehmen. Diese sanken gegenüber dem Vorjahr um 15,1 vH. Das leichte Wirtschaftswachstum, die erhöhte Beschäftigung und die Bevölkerungsabnahme haben den Rückgang nur wenig abgemildert. Die realen Löhne sanken stärker (um 23,1 vH) als die Geldeinkommen; in dieser Differenz spiegelt sich auch die höhere Beschäftigung wider. Die 1998 noch sehr hohen Lohnrückstände wurden im vergangenen Jahr abgebaut. Sie betragen Ende Dezember 1999 etwa 43,7 Mrd. Rubel (um 43 vH weniger als ein Jahr zuvor) und entsprachen damit schätzungsweise weniger als der Hälfte einer gesamtwirtschaftlichen Monatslohnsumme. Der Anteil

³³ General'noe soglaŝenie meŝdu obŝaerosijskimi ob-edinenijami profsojuzov, obŝaerosijskimi ob-edinenijami rabotodatelej i Pravitel'stvom Rossijskoj Federacii na 2000-2001 gody, 16. dekabnja 1999 g., in: Rossijskaja Gazeta, 31. Dezember 1999.

³⁴ Eine Zunahme der Erwerbsquote ist langfristig eher zu erwarten als eine Abnahme.

der öffentlichen Haushalte an den Lohnrückständen betrug Ende des Jahres 23,2 vH (Dezember 1998: 25,6 vH).

Tabelle 7:
Entwicklung der Beschäftigung nach Sektoren, 1992 bis 1998
- in 1.000 Personen -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Insgesamt	72.071	70.852	68.484	66.441	65.950	65.639	63.642
Industrie	21.324	20.805	18.576	17.182	16.366	14.893	14.150
Land-/Forstwirtschaft	10.336	10.347	10.528	10.003	9.508	8.834	8.282
Transport/Fernmeldewesen	5.632	5.408	5.354	5.253	5.220	5.120	5.043
Baugewerbe	7.887	7.140	6.788	6.208	5.875	5.654	5.410
Handel/Gaststätten	5.679	6.374	6.484	6.679	6.795	8.705	8.890
Kommunalwirtschaft, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	2.988	2.982	3.020	2.979	3.203	3.356	3.691
Gesundheitswesen, Sport, Sozialwesen	4.227	4.243	4.394	4.446	4.531	4.412	4.500
Bildung, Kultur, Kunst	7.521	7.239	7.383	7.316	7.313	7.144	7.200
Wissenschaft	2.307	2.237	1.833	1.688	1.514	1.431	1.370
Banken- und Versicherungsgewerbe	494	581	745	820	799	778	760
Staatliche Verwaltung ^a	1.362	1.508	1.532	1.893	2.655	2.579	2.570
Andere Zweige	2.314	1.988	1.847	1.974	2.171	1.733	1.766

^a Dazu gehören im wesentlichen die Beamten der Ministerien, der Rechtspflege und (seit 1995) der Feuerwehr. Nicht enthalten sind etwa Lehrer oder die Beschäftigten im Gesundheitsdienst.

Quelle: Goskomstat: Russia in Figures 1999, Moscow 2000, S. 81.

Am stärksten nahmen jedoch die realen Renten ab (39,4 vH), und zwar trotz zweimaliger Rentenerhöhungen im Mai und November 1999. Das Niveau der realen Renten sank auf nur noch 60,6 vH des Vorjahres. Die weitgehende Abkopplung der nominalen Renten von der Preis- und Lohnentwicklung führte dazu, dass die Durchschnittsrente nur 70 vH des Existenzminimums eines Rentners sicherstellte (1998: 115 vH) und ihre Relation zum Durchschnittslohn nur noch 28,5 vH betrug (1998: 36 vH). Die monatliche Mindestrente, einschließlich der verschiedenen Kompensationszahlungen, belief sich im Dezember auf 360 Rubel; dies sicherte lediglich 45 vH des Existenzniveaus einer Person in einem Rentnerhaushalt.³⁵

Vor diesem Hintergrund änderte sich die Struktur der Einkommensquellen und der Einkommensverwendung (vgl. Tabelle 8). Der Anteil der Lohneinkommen an den Geldeinkommen ging zurück. Gestiegen war dagegen der Anteil der Einkommen aus Vermögen. Der Anteil der Transfers erhöhte sich geringfügig. Der Rückgang

³⁵ Izvestija vom 11. Januar 2000.

des Anteils der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit lässt vermuten, dass die Finanzkrise die Haushalte der Kleingewerbetreibenden stärker traf als die übrigen Haushalte.

Tabelle 8:
Entstehung und Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte
- in vH -

	1997	1998	1999
Geldeinkommen	100,0	100,0	100,0
<i>Entstehung</i>			
Lohn ^a	38,6	64,8	63,9
Soziale Transferleistungen	15,1	13,1	13,4
Einkünfte aus Vermögen	5,6	5,5	7,4
Einkünfte aus selbst. Tätigkeit	40,7	14,8	14,4
Sonstige Einkünfte		1,8	0,9
<i>Verwendung</i>			
Konsumausgaben	67,8	78,3	79,8
Steuern, Beiträge	6,7	6,5	6,2
Ersparnis	25,5	15,2	14,0
davon:			
Wertpapier- und Buchsparen	2,2	1,1	3,8
Devisenkauf	21,6	12,4	8,5
Bargeldzuwachs	1,7	1,7	1,7

^a Ab 1. Quartal 1999 einschließlich sogenannter verdeckter Löhne, die früher unter den sonstigen Einkünften erfasst wurden.

Quellen: Goskomstat: Statističeskij obozrodenie 1998, S. 217, Social'no-ekonomičeskoe položenie 1999 g., S. 181, 187 ff.

Auf der Verwendungsseite stieg der Anteil der Konsumausgaben auf nahezu 80 vH der Haushaltsausgaben; dies war der höchste Stand seit Beginn der Transformation. Der Anteil der Ersparnis ist bei sinkenden Realeinkommen weiter zurückgegangen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass dieser Rückgang ausschließlich auf die Position „Devisenkauf“ zurückzuführen ist. Devisenkäufe werden von der amtlichen Statistik dem Sparen zugerechnet, obwohl ein Teil der Devisen für Direktimporte verwandt oder im Ausland verausgabt wird.³⁶ Berücksichtigt man

³⁶ Zur aktuellen Problematik der amtlichen Berechnung von Entstehung und Verwendung der Einkommen der privaten Haushalte siehe auch Clarke, Simon: Do Russian Households Have Survival Strategies? University of Warwick: <http://www.warwick.ac.uk/fac/soc/sociology/rc-home.html> vom 7.4.2000.

nur das Wertpapier- und Buchsparen sowie den Bargeldzuwachs, so erholte sich die Sparquote der privaten Haushalte im vergangenen Jahr nach dem starken Einbruch 1998 wieder. Sie lag aber noch weit unter dem Niveau in der ersten Hälfte der 90er Jahre, so dass langfristig eher mit ihrem Anstieg zu rechnen ist.

Angesichts der amtlichen Zahlen lässt sich die soziale Lage der privaten Haushalte nur schwer einschätzen. Verantwortlich dafür sind auch die statistisch nur unvollständig erfasste Selbstversorgung, Schattenwirtschaft und der Zugang zu verschiedenen Vergünstigungen, den etwa zwei Drittel der Bevölkerung noch besitzt. Ungeachtet dessen kann jedoch einigermaßen sicher konstatiert werden, dass die privaten Haushalte bereits seit Beginn des Jahres 1998 erhebliche Realeinkommensverluste hinnehmen mussten, die sich dann seit der Finanzkrise vom August 1998 verstärkten.

Während im Jahr 1998 der Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums durchschnittlich noch bei 23,8 vH lag, stieg er 1999 auf knapp 30 vH. Für die Armutsentwicklung ist jedoch nicht nur die allgemeine Einkommenslage ausschlaggebend, sondern auch die Einkommensverteilung. Bei sinkenden Realeinkommen nahmen im vergangenen Jahr die Einkommensdisparitäten wieder etwas zu, nachdem sie in den Jahren 1996 und 1997 leicht rückläufig waren. Der Gini-Koeffizient (Index der Einkommenskonzentration) erhöhte sich von 0,379 (1998) auf 0,394. Die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensdezil erhöhte sich allerdings nur wenig, und zwar vom 13,8fachen auf das 13,9fache. Verursacht wurde dieser Anstieg vor allem durch den Rückgang der Reallöhne.

Unterschiedliche Lohnentwicklungen in den Branchen ließen im Dezember 1999 im Vergleich zum Vorjahresmonat die Lohndifferenzierung wieder zunehmen. Die höchsten Löhne wurden wie bisher in der Brennstoffindustrie, im Bankensektor und der Nichteisenmetallurgie gezahlt (vgl. Tabelle 9). In der Landwirtschaft erreichten die Löhne im Dezember lediglich 39 vH des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts. Die Entwicklung der Löhne in den aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Sektoren Gesundheits- und Sozialwesen, Bildungswesen und Kultur und Kunst verlief weiterhin unterdurchschnittlich. Überdurchschnittliche Zuwachsraten waren dagegen vor allem in der Brennstoffindustrie, die von hohen Preissteigerungen profitierte, der Wissenschaft, der exportorientierten Eisen- und Stahlindustrie, der Baustoff- sowie der Holzindustrie, aber auch im Bankgewerbe anzutreffen.

Tabelle 9:
Löhne und Lohnstruktur ausgewählter Sektoren und Branchen, 1990, 1997 bis 1999

	Löhne		Lohnstruktur			
	November 1999		1990	1997	1998	November 1999
	Rubel	Entwicklung zum Vorjahr in vH	in vH	in vH	in vH	in vH
Volkswirtschaft	1.148	156	100	100	100	100
Industrie insgesamt	1.423	156	103	119	111	124
Energiewirtschaft	2.290	140	121	194	198	199
Brennstoffindustrie	2.926	181	148	249	244	255
Erdölförderung	3.259	-	166	302	316	284
Erdölverarbeitung	2.572	-	97	204	217	224
Gasindustrie	4.963	-	183	404	406	432
Kohlebergbau	2.211	-	158	177	190	193
Eisen-/Stahlindustrie	1.429	179	117	134	140	124
NE-Metallurgie	2.584	157	145	196	202	225
Chemie/Petrochemie	1.239	163	96	106	109	108
Maschinenbau	998	168	101	85	85	87
Holz-, Papier- und Zelluloseindustrie	1.024	178	102	89	85	89
Baustoffindustrie	1.078	148	104	100	102	94
Leichtindustrie	604	159	82	53	51	53
Lebensmittelindustrie	1.549	134	103	119	115	135
Landwirtschaft	464	152	95	42	46	40
Forstwirtschaft	624	162	75	59	0	54
Baugewerbe	1.490	141	124	141	128	130
Transportgewerbe	1.580	166	115	144	141	138
Fernmeldewesen	1.590	156	85	-	143	139
Handel/Gaststätten	-	-	85	-	79	-
Wohnungs- und Kommunal-dienstleistungen	-	-	74	-	107	-
Gesundheitswesen, Sport, Sozialwesen	720	149	67	68	70	63
Bildung	670	147	67	63	65	58
Kultur und Kunst	673	146	62	59	62	59
Wissenschaft	1.115	181	113	89	94	97
Bank-, Versicherungsgewerbe	2.153	168	135	170	177	188
Staatliche Verwaltung	1.654	135	120	140	131	144

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij očegodnik 1998, Moskva 1998, S. 224; Pro-myólennost' Rossii 1998, Moskva 1998, S. 86; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., S. 182 f.

Eine Verbesserung der sozialen Situation ist für das laufende Jahr absehbar: Dem Haushaltsplan der Regierung lag eine reale Einkommenserhöhung der privaten Haushalte von bis zu 3 vH zugrunde.³⁷ Vorgesehen wurde auch eine Anhebung des Mindestlohnes.³⁸ Bedeutender ist jedoch die Rentenerhöhung vom Februar 2000 von 20 vH.³⁹ Die durchschnittliche Rente beträgt seitdem 650 Rubel, die Mindestrente, einschließlich der Zuschläge, 410 Rubel. Die Durchschnittsrente erreichte damit fast das Existenzminimum und die Mindestrente lag bei knapp zwei Dritteln der offiziellen Armutsgrenze. Im Mai und November sind weitere Anhebungen in Anlehnung an die Preisentwicklung vorgesehen. Anfang 2000 bestanden auch keine Rückstände bei der Rentenauszahlung.

Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme

Die außenwirtschaftliche Position weist traditionell einen hohen Handelsüberschuss aus, einen etwas geringeren Überschuss in der Leistungsbilanz aufgrund der Defizite im Bereich der Dienstleistungen und Einkommen aus Investitionen (vgl. Tabelle 10). Dem stehen ein wechselnder Saldo in der Kapitalsverkehrsbilanz und umfangreiche statistisch nicht aufgliederbare Devisenabflüsse gegenüber, hinter denen Kapitalflucht vermutet wird.⁴⁰ Die außenwirtschaftliche Situation verbesserte sich seit Juni 1998, nach der Abwertung des Rubel im August sogar schlagartig. Aufgrund drastischer Importkürzungen (seit September 1998 um mehr als 50 vH gegenüber dem Vorjahr) konnte der Überschuss in der Handelsbilanz im Jahr 1998 bei 17,4 Mrd. US-Dollar gehalten werden, und die Leistungsbilanz schloss mit einem leicht positiven Saldo ab (2,1 Mrd. US-Dollar), nachdem sie in der ersten Hälfte des Jahres ein Defizit ausgewiesen hatte.⁴¹

Die Grundlinien der Entwicklung des zweiten Halbjahres 1998 setzten sich 1999 im Großen und Ganzen fort und führten zu einem Leistungsbilanzüberschuss in bisher nicht erreichter Höhe von 25 Mrd. US-Dollar (13,6 vH des BIP). Allerdings blieben die Exporte auf dem Niveau von 1998 (74,7 Mrd. US-Dollar).⁴² Wegen der Struktur der russischen Exportwaren trug die Abwertung nicht zu einer Belebung der Ausfuhren bei. Der Großteil der Exporte entfiel auf Energieträger (42 vH in

³⁷ Wirtschaftsminister Óapoval'janc: Pravitel'stvo dumaet o narode, in: Izvestija vom 24. September 1999.

³⁸ Izvestija 15. Februar 2000; Rossijskaja Gazeta, 11. Februar 2000.

³⁹ Vgl. Rossijskaja Gazeta vom 13. Januar und vom 2. Februar 2000.

⁴⁰ Kapitalflucht kann sich auch in der Leistungsbilanz niederschlagen. Die Kapitalflucht wurde unlängst von Finanzminister M. Kasjano mit 15-16 Mrd. US-Dollar pro Jahr beziffert. Vgl. Izvestija, 6. März 2000, S. 2.

⁴¹ Die Exporte sanken in der zweiten Jahreshälfte 1998 trotz Abwertung weiter.

⁴² Laut Zahlungsbilanzstatistik der Nationalbank (http://www.cbr.ru/eng/dp/trade_eng.htm). Laut Zollstatistik betragen die Exporte 69,9 Mrd. US-Dollar (-2 vH), die registrierten Importe lediglich 29,8 Mrd. US-Dollar (-31,7 vH). Vgl. Ekonomika i oizn', Nr. 6, Februar 2000, S. 1.

1999) und andere Rohstoffe.⁴³ Dagegen stagnierte der Anteil von Maschinen bei lediglich 10 vH wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten. Der Effekt der steigenden Weltmarktpreise für Energieträger und Rohstoffe kam bei den Exporteinnahmen erst in der zweiten Jahreshälfte zum Tragen. Eine spürbare Belebung der Exporteinnahmen – um 21,4 vH gegenüber dem Vorjahr – war erst im letzten Quartal 1999 zu beobachten. Gleichzeitig gab es deutliche Verschiebungen in der regionalen Zusammensetzung der Ausfuhren:⁴⁴ Während die Exporte außerhalb der GUS zunahmen (um 5,6 vH im gesamten Jahr 1999 und um fast 27 vH im letzten Quartal), schrumpften die Ausfuhren in die GUS-Republiken weiter um 22,6 vH. Eine Stabilisierung fand erst im letzten Quartal 1999 statt. Der Anteil der GUS an den gesamten russischen Ausfuhren sank 1999 auf nur 16,4 vH (von 20,5 vH 1995). Russland ist immer weniger bereit, die Zahlungsrückstände seiner Handelspartner zu akzeptieren. Die jüngsten Beispiele sind die Unterbrechung der Gaslieferungen nach Moldowa, sowie eine härtere Gangart bei der Durchsetzung von Forderungen gegenüber der Ukraine, beispielsweise die Kürzung der Ölexporte.⁴⁵ Die Warenstruktur der Ausfuhren verschob sich noch mehr zugunsten der Energieträger. Die Mengen von exportierten Rohöl- und Ölprodukten sanken um 3 vH bzw. 5 vH; wertmäßig betrug die Steigerung der Einnahmen aus dem Rohölexport jedoch 37 vH.⁴⁶ Weitere Mengensteigerungen gab es beim Export von Steinkohle (um 14,7 vH), Aluminium (10,7 vH), Kupfer (18,3 vH), Düngemittel (19,8 vH), Holz (42,4 vH) und Zellulose (27,8 vH).

Im Unterschied zu den Exporten kam bei den Einfuhren der Abwertungseffekt voll und unmittelbar zum Tragen. Laut Zahlungsbilanzstatistik sanken die Importe 1999 um fast 30 vH und betragen nur 39,4 Mrd. US-Dollar. Die Kürzung der Importe aus dem Nicht-GUS-Raum fiel etwas stärker aus (-31,7 vH) als aus den GUS-Republiken (-24 vH). Seit September 1999 steigen die Importe insgesamt wieder; im vierten Quartal 1999 gab es einen Zuwachs von fast 20 vH im Vergleich zum (extrem niedrigen) Wert aus dem Vorjahr. Von der Abwertung am stärksten betroffen waren die Importe von Maschinen und Ausrüstungen (-38 vH), Hühnerfleisch (-73 vH) und Fleischkonserven (-55 vH), sowie von Zitrusfrüchten, Schokolade, Zigaretten, Alkoholika, Medikamenten, Textilien, Schuhen und Möbeln (Rückgang um jeweils rund die Hälfte). Die Importe von Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie stiegen hingegen zum Teil erheblich (Fleisch um 37 vH, Zucker um 30 vH, Getreide um mehr als 300 vH). Ein Großteil des Getreideimports (etwa 70 vH) fand im Rahmen der Vereinbarungen über die Lebensmittelhilfe aus dem Westen statt.

⁴³ Vgl. *Ekonomika i oizn'*, Nr. 6, Februar 2000, S. 1.

⁴⁴ Alle Angaben, die sich auf die Struktur der Aus- und Einfuhren beziehen, basieren auf der Zollstatistik.

⁴⁵ Vgl. *Izvestija*, 3. März 2000, S. 2, 10. März 2000, S. 3, *Financial Times*, 22. März 2000, S. 2.

⁴⁶ Insgesamt wurden 1999 123,4 Mio. Tonnen Rohöl, 49,2 Mio. Tonnen Ölprodukte und 187,2 Mrd. Kubikmeter Gas exportiert. Die Rohölexporte außerhalb der GUS betragen 114,5 Mio. Tonnen (um 2,9 vH weniger als 1998), der Preis stieg um 46 vH. Vgl. *Ekonomika i oizn'*, Nr. 6, Februar 2000, S. 1.

Tabelle 10:
Zahlungsbilanz Russlands, 1995 bis 1999
- in Mrd. US-Dollar -

	1995	1996	1997	1998	1999	1999			
						I.	II.	III.	IV.
Saldo der Handelsbilanz	20,5	22,9	17,4	17,4	35,3	6,5	6,9	9,2	12,7
Exporte	82,7	90,6	89,0	74,8	74,7	15,5	16,9	18,7	23,5
Importe	-62,2	-67,6	-71,6	-57,4	-39,4	-9,0	-10,1	-9,4	-10,8
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-9,4	-5,7	-4,7	-3,3	-3,3	-0,7	-0,8	-0,9	-1,0
Exporte	10,6	13,0	14,2	12,8	9,1	1,7	2,3	2,6	2,4
Importe	-20,0	-18,7	-18,8	-16,1	-12,4	-2,5	-3,0	-3,5	-3,4
Faktoreinkommen	-3,4	-5,3	-8,4	-11,6	-7,5	-1,1	-1,8	-2,9	-1,7
Arbeitseinkommen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,2	0,3	0,06	0,07	0,06	0,07
Kapitalerträge	-3,1	-4,9	-8,1	-11,4	-7,7	-1,1	-1,9	-2,9	-1,8
Erhaltene Kapitalerträge	4,1	4,2	4,1	4,0	3,4	2,2	0,6	0,3	0,3
Gezahlte Kapitalerträge	-7,2	-9,2	-12,2	-15,4	-11,2	-3,3	-2,5	-3,3	-2,1
Laufende Transfers	0,1	0,1	-0,3	-0,4	0,5	-0,05	0,08	0,2	0,3
Saldo der Leistungsbilanz	7,8	12,0	4,0	2,1	25,0	4,7	4,4	5,6	10,3
Kapitaltransfers	-0,3	-0,5	-0,8	-0,4	-0,3	-0,1	-0,0	-0,1	-0,1
Saldo der Direktinvestitionen	1,7	1,7	3,6	1,7	0,7	0,2	0,2	0,01	0,3
Direktinvestitionen im Ausland	-0,4	-0,8	-2,6	-1,0	-2,1	-0,4	-0,5	-0,6	-0,6
Direktinvestitionen in Russland	2,0	2,5	6,2	2,8	2,9	0,6	0,8	0,7	0,8
Saldo der Portfolioinvestitionen	-2,4	8,8	45,4	8,2	-0,6	0,06	-0,6	-0,1	0,08
Forderungen	-1,7	-0,2	-0,2	-0,3	0,2	-0,1	-0,2	0,3	0,2
Verbindlichkeiten	-0,7	8,9	45,6	8,4	-0,8	0,1	-0,4	-0,4	-0,1
Sonstige Kapitalbewegungen	10,4	-14,7	-42,6	-7,4	-15,9	-5,3	-0,7	-5,5	-4,4
Forderungen	5,0	-29,1	-26,6	-16,3	-15,1	-6,4	-0,4	-5,4	-2,9
Veränderung der Bargeldbestände	0,1	-8,7	-13,4	0,9	0,8	0,1	1,0	-0,4	0,1
Laufende Konten und Depositen	4,3	-1,0	1,0	0,9	-3,9	-1,1	-1,5	-0,5	-0,8
Handels- und andere Kredite	16,7	-0,0	0,2	-1,5	-5,8	-2,0	0,8	-3,1	-1,5
Überfällige Zahlungen	-10,6	-9,5	-3,0	-7,4	-5,7	-4,0	-1,3	-0,2	-0,2
Nicht eingegangene Exporterlöse	-4,9	-9,8	-11,5	-8,7	-5,4	-1,2	-1,4	-1,2	-1,6
Sonstige Forderungen	-0,6	-0,1	0,1	-0,5	-0,0	0,0	-0,1	-0,0	0,1
Verbindlichkeiten	5,4	14,3	-15,9	8,9	-0,8	1,1	-0,4	-0,1	-1,4
Veränderung der Bargeldbestände	0,4	-0,2	-0,0	0,1	0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0
Laufende Konten und Depositen	2,5	1,5	-4,7	-2,9	0,2	-0,3	0,6	-0,4	0,2
Handels- und andere Kredite gegeben	-8,1	-0,8	-0,1	0,3	0,0	0,1	0,1	0,0	-0,2
Erhaltene Anleihen und Kredite	8,5	10,3	12,7	6,9	-2,9	-1,2	-2,1	2,4	-2,0
Überfällige Zahlungen	1,1	2,7	-24,3	5,3	2,1	2,4	1,2	-2,2	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	0,9	0,9	0,5	-0,7	-0,2	0,0	-0,2	-0,0	-0,0
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	1,0	-2,3	5,0	7,4	-17,9	-4,0	-2,9	-4,6	-6,4
Reserveaktiva	-10,4	2,8	-1,9	5,3	-1,8	1,0	-1,6	1,1	-2,2
Korrekturposten	1,1	-1,5	-0,0	-0,1	-0,0	0,1	-0,1	-0,0	0
Fehler und Korrekturposten (netto)	-8,8	-9,8	-8,9	-9,5	-7,1	-0,7	-1,5	-1,0	-3,9

Fortsetzung Tabelle 10

	1995	1996	1997	1998	1999	1999			
						I.	II.	III.	IV.
Memorandum:									
Reserveaktiva etc.	8,3	17,1	6,6	16,1					
Reserveaktiva	-10,4	2,8	-1,9	5,3					
Inanspruchnahme von IWF Mitteln	5,5	3,2	1,5	5,2					
Sonderfinanzierung	13,2	11,1	7,0	5,6					

Quellen: CBR: Balance of Payments of the Russian Federation, <http://www.cbr.ru>. Stand: 31. März 2000; IMF: International Financial Statistics, Washington, D.C. 1999; eigene Berechnungen.

Die deutliche Importkürzung führte zur Verdoppelung des Überschusses in der Handelsbilanz auf 35,3 Mrd. US-Dollar, wobei 95 vH dieses Saldos im Handel außerhalb der GUS erwirtschaftet wurden. Diese Verbesserung war der wichtigste Bestimmungsfaktor für den Leistungsbilanzüberschuss im vergangenen Jahr. Das Defizit im Handel mit Dienstleistungen blieb unverändert (3,3 Mrd. US-Dollar), das Defizit der Faktoreinkommen ging infolge der niedrigeren gezahlten Kapitalerträge zurück (um etwa 4 Mrd. US-Dollar; das Defizit betrug nur 7,5 Mrd. US-Dollar).

Im Unterschied zum Jahr 1998 kam es zu erheblichen Kapitalabflüssen (fast 18 Mrd. US-Dollar). Diese sind erstens auf die massive Auflösung von Portfoliobeständen ausländischer Investoren zurückzuführen. Zweitens haben ausländische Gläubiger ihre Forderungsbestände reduziert. Der in der Zahlungsbilanz verbuchte Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen blieb mit weniger als 3 Mrd. US-Dollar gering.⁴⁷

Die Währungsreserven nahmen laut Zahlungsbilanzstatistik um 1,8 Mrd. US-Dollar zu. Die Zentralbank verbuchte diesen Betrag aus methodologischen Gründen nur zu einem Bruchteil als Anstieg ihrer Währungsreserven. Diese nahmen lediglich um 0,2 Mrd. US-Dollar zu (auf 12,5 Mrd. US-Dollar Ende des Jahres). Der überwiegende Teil des Anstiegs gilt als Reservehaltung des Bankensektors. Die offiziellen Reserven stiegen bis Ende März 2000 auf nahezu 15 Mrd. US-Dollar.

Wie in den Vorjahren bediente Russland auch 1999 seine Außenschulden nicht in vollem Umfang. Der vertragliche Schuldendienst betrug 1999 17,1 Mrd. US-Dollar (d.h. 20 vH der Exporte von Gütern und Dienstleistungen), tatsächlich hat

⁴⁷ Laut Goskomstat lag der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in den nicht-finanziellen Sektor im Jahr 1999 bei 4,3 Mrd. US-Dollar (verglichen mit 3,4 Mrd. US-Dollar während 1998). Vgl. *Ekonomika i oïzn*, Nr. 11, 2000, S. 1-5. Die Divergenz zu der Angabe der Zahlungsbilanzstatistik ergibt sich dadurch, dass auch Sacheinlagen und Investitionszusagen in diese Zahl einfließen.

Russland nur 6,6 Mrd. US-Dollar Schuldendienst geleistet, wobei im wesentlichen nur die „russischen“ (seit 1992 aufgenommenen) Kredite bedient wurden.⁴⁸

Die Schuldenquote (Anteil der Bruttoverschuldung am BIP) stieg nach der Währungskrise auf 87 vH im vergangenen Jahr. Die Bruttoverschuldung überstieg die Einnahmen aus Exporten von Waren und Dienstleistungen um etwa 90 vH nach mehr als 100 vH im Jahr davor. Nach dem Abkommen mit dem IWF über einen neuen Beistandskredit von 4,5 Mrd. US-Dollar von Ende Juli 1999 wurden binnen kurzer Zeit auch die gegenüber dem Pariser Club bis Ende 2000 anfallenden Rückzahlungen (etwa 8 Mrd. US-Dollar) auf 15 bis 20 Jahre gestreckt. Der IWF suspendierte aber das Abkommen im Dezember vergangenen Jahres.

Die Verhandlungen mit den Banken im Londoner Club (über fast 32 Mrd. US-Dollar aus der Sowjetzeit übernommenen kommerziellen Kredite) wurden im August 1999 erneut aufgenommen und erst am 11. Februar 2000 abgeschlossen. Russland hat dabei seine Forderungen nach einem Schuldennachlass im wesentlichen durchgesetzt: 33 bis 36 vH der Schulden (über 10 Mrd. US-Dollar) wurden abgeschrieben, der Rest wurde in drei neue, niedrig verzinste Eurobonds mit 30-jähriger Laufzeit und sieben Jahren Zahlungsaufschub umgewandelt. Die Schuldenquote sank dadurch um geschätzte 5,5 Prozentpunkte (gemessen am BIP 1999).

Bei einer Regierungssitzung am 16. März 2000 wurde die Obergrenze für souveräne Auslandsschulden Ende 2000 mit 158 Mrd. US-Dollar festgelegt, was im Großen und Ganzen dem Niveau des Vorjahres entspricht.⁴⁹ Die Schuldenquote würde etwas sinken. Durch das Abkommen mit dem Pariser und Londoner Club wurde der fällige Schuldendienst für 2000 um geschätzte 5 Mrd. US-Dollar auf 10 Mrd. US-Dollar verringert, d.h. der Schuldendienst beträgt in diesem Jahr nur etwa 5,3 vH vom BIP und 11,4 vH der zu erwartenden Exporte. Um den Schuldendienst auch leisten zu können, muss das Finanzierungsdefizit des föderalen Haushalts für dieses Jahr erheblich ausgeweitet werden. Eine inflationsneutrale Finanzierung wäre nur durch neue Kredite seitens der Gläubiger des Pariser und Londoner Clubs möglich. Die Suspendierung des Abkommens mit dem IWF stellt für eine neue Kreditvergabe ein ernstes Hindernis dar, mit dessen Beseitigung frühestens im Sommer 2000 zu rechnen ist.

Wirtschaftspolitik und Ausblick

Das Jahr 1999 war von den Nachwirkungen der Finanzkrise vom August 1998 sowie von den politischen Turbulenzen vor den Parlaments- und Präsidentenwahlen geprägt. Das Krisenmanagement war rückblickend gesehen relativ erfolgreich, nicht zuletzt aufgrund des Vorgehens der neuen Führung der Zentralbank, die ei-

⁴⁸ Vgl. *Finansovye Izvestija*, 12. August 1999, S. II.

⁴⁹ Vgl. *Izvestija*, 17. März 2000, S. 4.

nerseits mit Liquiditätskrediten eine weitere Zuspitzung der Bankenkrise verhinderte und andererseits Restriktionen für den föderalen Haushalt durchsetzte. Günstige äußere Rahmenbedingungen (u. a. hohe Energiepreise) unterstützten diese Politik. Die flexible Reaktion der russischen Unternehmen auf die Abwertung des Rubels war ermutigend. Sie ist ein Indiz dafür, dass die marktwirtschaftlichen Verhaltensmuster in Russland bereits Fuß gefasst haben. Der Fortschritt bei den Strukturreformen war hingegen unzureichend, und dies war formell auch der wichtigste Grund für die Suspendierung der Auszahlungen aus dem im Juli 1999 gewährten 4,5 Mrd. US-Dollar-Kredit des IWF im Dezember 1999.

Die Zahl der von 1992 bis 1999 privatisierten und umgewandelten Unternehmen belief sich auf 133.000 (vgl. Tabelle 11). Die Zahl der Unternehmen im staatlichen und kommunalen Eigentum betrug Anfang 2000 aber immer noch 345.900; hinzu kamen 154.000 gemischt staatlich-private Unternehmen. In rein privatem Eigentum befanden sich 2,3 Mio. Firmen. In Unternehmen, die sich ganz oder teilweise im Staatsbesitz befanden, waren fast 60 vH aller Erwerbstätigen beschäftigt.

Tabelle 11:

Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen (Objekte), 1992 bis 1999

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Insgesamt
Insgesamt	46.815	42.924	21.905	10.152	4.997	2.743	2.129	1.536	133.201
davon vormals in:									
Kommunaleigentum	-	26.340	11.108	6.960	3.354	1.821	1.544	1.134	52.261
Eigentum der Förderationsobjekte	-	9.521	5.112	1.317	715	548	321	298	17.832
Eigentum der Föderation	-	7.063	5.685	1.875	928	374	264	104	16.293

Quellen: Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar 1999; janvar 2000; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1998, Moskau 1999.

Die Privatisierung ist im Jahr 1999 nur langsam vorangekommen; es wurden lediglich 1.536 staatlichen Betriebe und Objekte privatisiert, d.h. 28 vH weniger als 1998. Die Einnahmen aus der Privatisierung lagen um 30 vH unter dem Ergebnis des Jahres 1998 (vgl. Tabelle 12).⁵⁰ Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen des föderalen Budgets sank von 6,4 vH auf 2,2 vH. Der Bestand aller ausländischen Investitionen in Russland (inklusive Portfolioinvestitionen und Kredite) betrug Ende

⁵⁰ Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar 2000, Moskau, S. 110-112.

1999 29,3 Mrd. US-Dollar.⁵¹ Das Klima für ausländische Investitionen blieb allerdings ungünstig; es gibt viele Beispiele für die Verletzung der Eigentumsrechte.⁵²

Tabelle 12:
Einnahmen des Budgets aus der Privatisierung, 1993 bis 1999
- in Mrd. Rubel -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Insgesamt	0,36	0,99	3,57	2,81	24,7	17,5	12,1
davon:							
Kommunen	0,13	0,40	0,96	0,91	0,7	1,0	0,9
Föderationssubjekte	0,10	0,18	0,52	0,42	3,3	0,9	1,9
Föderation	0,07	0,12	1,14	0,90	18,0	15,0	8,5
Sonstige	0,06	0,29	0,95	0,58	2,7	0,6	0,7

Quellen: Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar 1999; janvar 2000; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1998, Moskau 1999.

Ordnungspolitisch war das Jahr 1999 ein Jahr der Stagnation. Die Aufmerksamkeit der politischen Akteure war auf die Parlamentswahl im Dezember, auf die Präsidentenwahl und auf den Konflikt im Nordkaukasus gerichtet. Nach den Parlaments- und Präsidentenwahl haben sich die Chancen für die Lösung grundlegender Probleme der russischen Wirtschaft verbessert. Unter diesen Problemen ist insbesondere die Lage der öffentlichen Haushalte zu nennen. Trotz der vordergründig entspannten Lage ist die beschleunigte Verabschiedung der Steuerreform notwendig. Hier geht es vor allem um die Vereinfachung der Steuersätze. Darüber hinaus muss die bisherige Blockade bei den folgenden wichtigen Reformvorhaben aufgehoben werden:

- Kontrolle und Regulierung von Monopolstellungen, die bisher die Funktionsweise des Preissystems eingeschränkt haben;
- die Restrukturierung des Bankensektors;
- die Reform des Rentensystems, insbesondere die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Umlagesystems;⁵³

⁵¹ Die meisten Investitionen kamen aus Deutschland (6,9 Mrd. US-Dollar), USA (6,3 Mrd. US-Dollar), Großbritannien (3,6 Mrd. US-Dollar), Zypern (3,9 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (3,2 Mrd. US-Dollar): Vgl. *Ekonomika i ožizn'*, Nr. 11, 2000, S. 1.

⁵² Die bekanntesten Beispiele sind die Lomonosov-Porzellanfabrik, die Vyborg-Papierfabrik und die Yukos AO.

⁵³ Dies schließt nicht aus, dass im Zuge einer weitergehenden Reform auch andere Rentenmodelle ergänzend eingeführt werden.

- Stärkung der Eigentumsrechte, beispielsweise durch die Schaffung eines Pfandregisters, mit dessen Hilfe die Gläubigerrechte gestärkt würden und das Insolvenzgesetz konsequent angewendet würde;
- Schaffung und Verbriefung privaten Eigentums an Grund und Boden (Landkodex).

Die neue russische Führung hat sich bezüglich der genannten Punkte beziehungsweise eines umfassenden Reformkonzepts bisher bedeckt gehalten. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entspannung darf nicht als ein Nachlassen des Reformdrucks fehlinterpretiert werden.

Trotz einer relativ guten Ausgangslage bleiben die wirtschaftlichen Aussichten Russlands ungewiss.

Die vorhandenen Angaben für die ersten Monate des Jahres 2000 signalisieren ein hohes Wachstum der Industrie (10 vH), das sich aber im weiteren Verlauf des Jahres abschwächen wird. Der Leistungsbilanzüberschuss wird angesichts wieder steigender Importe und fallender Rohölpreise etwas abnehmen. Dagegen werden privater Konsum und Investitionen steigen. Diese Prognose ist mit Unsicherheiten behaftet, die von der Erfüllung der Budgetziele und der Bedienung der Auslandsschuld ausgehen. Können keine neuen Kredite aufgenommen werden, müsste der geplante Primärüberschuss im föderalen Haushalt erheblich erhöht werden, mit entsprechend negativen Wirkungen auf die effektive Nachfrage. Eine Alternative wäre Zentralbankfinanzierung mit Gefahren für das Ziel der Preisstabilisierung. Das BIP wird voraussichtlich in diesem Jahr um 3,5 vH wachsen, die Inflation wird im Jahresdurchschnitt etwa 20 vH betragen. Für das Jahr 2001 ist ein BIP-Wachstum von 2,5 bis 3 vH zu erwarten; eine höhere Wachstumsrate wird nur durch eine Verbesserung des Investitionsklima erreichbar.

Bereits im laufenden Jahr ist zu erwarten, dass die Regierung an den Pariser Club mit dem Wunsch nach einem ähnlich großzügigen Teilschuldenerlass herantreten wird, wie er mit dem Londoner Club vereinbart wurde. Das letzte Umstrukturierungsabkommen mit dem Pariser Club umfasst nämlich nur das Jahr 2000. Wie bereits im Falle des Abkommens mit dem Londoner Club wäre ein Schuldenerlass ökonomisch allerdings nicht begründet, wie ein Blick auf die Schuldendienstquote (11,4 vH der Exporteinnahmen 2000) und den Leistungsbilanzüberschuss zeigt. Das Problem der russischen Regierung ist die Kapitalflucht. Dieser ist mit einem Schuldenerlass nicht beizukommen. Daher sollten die Gläubiger des Pariser Clubs eine großzügige längerfristige Umschuldung bevorzugen.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

IWH _____

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Zusammenfassung

Das vergangene Jahr war durch eine beträchtliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums, eine Krise der Handelsbeziehungen mit Russland und weitere ordnungspolitische Rückschritte in Richtung administrativer Eingriffe des Staates in nahezu alle Bereiche der Wirtschaft gekennzeichnet. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 1999 nur noch um 3,4 vH nach 8,3 vH im Jahr davor. Zwar handelt es sich vordergründig nur um einen Wachstumsrückgang. Aber selbst dieses, verglichen mit den Vorjahren niedrige Wachstum, wurde mit einer eskalierenden Inflation (auf nahezu 300 vH) und einem weiteren Verfall des Wertes des weißrussischen Rubel erkaufte. Die belarussische Wirtschaft zahlte damit den Preis für die fortgesetzte Finanzierung präferierter Bereiche der Wirtschaft durch verbilligte Zentralbankkredite. Diese Praxis musste 1999 bereits eingeschränkt werden, um einen noch höheren Inflationsdruck zu verhindern; dafür sanken aber die Investitionen (um 5 vH). Der belarussische „Weg“ einer Kombination kommandowirtschaftlicher Elemente mit einer finanziellen Alimentierung unrentabler Strukturen könnte sich damit seinem Ende nähern.

In den öffentlichen Haushalten kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einer starken Expansion der Ausgaben, vor allem im Zusammenhang mit verbilligten Krediten an die Bauwirtschaft und den Agrarsektor. Bei langsamer steigenden Einkommen betrug das Defizit des konsolidierten Haushaltes nahezu 3 vH des BIP gegenüber geplanten 1,8 vH. Das Defizit wäre noch höher ausgefallen, wenn die Regierung nicht zu einem neuen Finanzierungstrick gegriffen hätte: Die auf ihre Anweisung hin erfolgte Ausreichung von Krediten an die beiden Sektoren durch Banken wurde durch eine Erhöhung des staatlichen Anteils an deren Grundkapital gedeckt; Zentralbankkredite an die Regierung wiederum finanzierten die zusätzlichen Ausgaben im Vermögenshaushalt.

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums folgte aber auch einer Krise im Handel mit Russland. Die Exporteinnahmen sanken um nahezu 30 vH. Die Preise, die für belarussische Waren auf dem Markt Russlands erzielt wurden, verfielen – in US-Dollar gerechnet – im vergangenen Jahr um 24 vH, im Export in den Nicht-GUS-Bereich lediglich um 5,3 vH. Neben Wechselkurseffekten spielten auch Mengeneffekte eine Rolle für sinkende Exporteinnahmen, da die russische Nachfrage generell zurückging und darüber hinaus der belarussische Rubel real weiter aufwertete. Als Reaktion auf den Verfall der Preise führte die Regierung eine Steuer auf Bartergeschäfte ein, die wie ein Importzoll wirkt. Diese Steuer traf vor allem die Importe aus Russland. Als Reaktion auf diese Krise kam es zu einer ersten Umlenkung von Exporten in den Nicht-GUS-Raum. Allerdings erfolgte diese zunehmend über Barter und die Inkaufnahme von Preisabschlägen. Auch auf der

Importseite kam es zu einer Einschränkung der Devisenausgaben, die sogar noch deutlicher als bei den Exporten ausfiel. Dadurch sank das Defizit in der Handelsbilanz von 1,4 Mrd. US-Dollar auf 0,6 Mrd. US-Dollar, und auch die Leistungsbilanz schloss mit einem geringen Defizit ab (260 Mio. US-Dollar statt 945 Mio. US-Dollar).

Ordnungspolitisch kam es im vergangenen Jahr zu keiner Wende, so dass auch der dringend notwendige Strukturwandel nicht stattfand. Das bereits in den Vorjahren geringe Tempo der Privatisierung nahm weiter ab. Stattdessen wuchs das Bedrohungspotential einer Nationalisierung durch verschiedene Erlasse und Gesetzesentwürfe. Hinzu kam, dass die Gewerbefreiheit durch die Einführung der Lizenzierung für weite Bereiche des Handels eingeschränkt wurde. Positiv ist allenfalls zu vermerken, dass erste Schritte zu einem einheitlichen Wechselkurs unternommen wurden und dass im laufenden Jahr mit einem Crawling peg der Versuch unternommen werden soll, den Wechselkurs zu stabilisieren. Allerdings wird die Erhöhung der Abführungsquote für die Deviseneinnahmen der Unternehmen die Versuche, die Devisenreserven zu erhöhen, unterlaufen. Ebenso wird die Glaubwürdigkeit des neuen Wechselkurssystems unter der fehlenden Unabhängigkeit der Nationalbank leiden.

Die Handelskrise mit Russland wird möglicherweise die bisherige Euphorie der belarussischen Führung hinsichtlich einer „Wiedervereinigung“ mit Russland längerfristig abkühlen. Die bisher unternommene Ausfüllung des Unionsvertrages würde dann eher nur formalen Charakter besitzen, wobei sich Meinungsverschiedenheiten auch in wichtigen Einzelfragen abzeichnen – so in der Frage einer einheitlichen Geldpolitik. Belastet werden die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland auch durch die bisher nicht umgesetzte Regelung eines gegenseitigen Forderungsausgleichs.

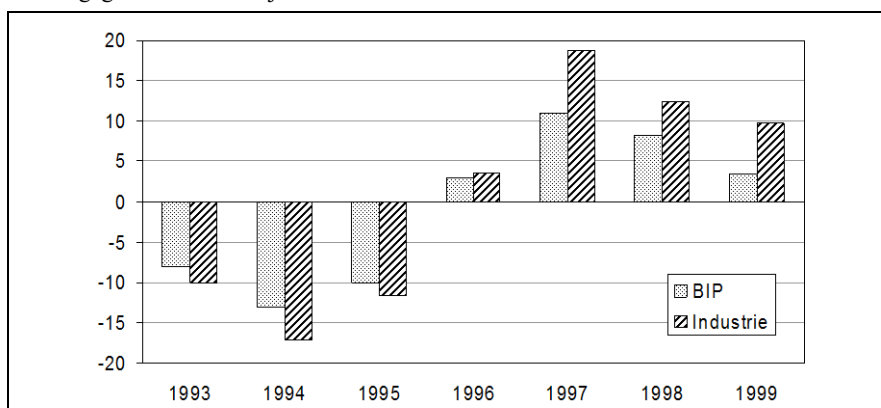
Für das Jahr 2000 wird das reale BIP voraussichtlich nur noch um 2 vH bis 3 vH steigen. Dagegen wird die Inflationsrate dreistellig bleiben und nicht auf das von der Regierung anvisierte Niveau von 60 vH bis 80 vH fallen. Bereits in den ersten beiden Monaten betrug die monatliche Inflationsrate durchschnittlich 11,3 vH.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Wirtschaftsentwicklung

Das Jahr 1999 war durch ein deutlich vermindertes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 1). Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im vergangenen Jahr nur noch um 3,4 vH⁵⁴ (1998: 8,3 vH). Zwar erscheint auch diese Wachstumsrate noch zufriedenstellend, aber einige Ursachen der Abschwächung lassen daran zweifeln, dass in Zukunft selbst gemäßigte Wirtschaftswachstumsraten erreicht werden können. Auffallend ist beispielsweise der Rückgang der Investitionen insgesamt und besonders in einigen Branchen. Offenbar musste die Praxis einer Finanzierung von unrentabler Produktion durch verbilligte Zentralbankkredite im vergangenen Jahr eingeschränkt werden. Da stattdessen ein höheres öffentliches Defizit durch die Zentralbank finanziert wurde, geriet die Inflation außer Kontrolle. Dementsprechend war das vergangene Jahr von einer stark eskalierenden Inflation und dem weiteren Verfall des weißrussischen Rubel gekennzeichnet. Erklärt wird die Abschwächung aber auch dadurch, dass die Handelsbeziehungen mit Russland einen erheblich Rückschlag erlitten. Der belarussische Rubel wertete gegenüber dem russischen Rubel real auf, und belarussische Exporteure hatten Preiseinbußen in US-Dollar hinzunehmen.

Abbildung 1:
Reales Wachstum des BIP und der Industrie
- in vH gegenüber dem Vorjahr -



Quelle: Minstat: Statističeskij Bjulleten', Dekabr', 1999.

⁵⁴ Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Angaben den Bulletins des Ministeriums für Statistik (im folgenden: Minstat) entnommen. Die Angaben für 1999 entstammen Minstat: Statističeskij Bjulleten', Dekabr', 1999.

Schließlich sind aber auch hinter das gemeldete Wirtschaftswachstum wie hinter alle anderen makroökonomischen Angaben Fragezeichen zu setzen, da sowohl eine ungenaue Erfassung der Inflation (Preiskontrollen) wie auch der Bartergeschäfte Verzerrungen der realen Wirtschaftsleistung nahe legen. Als wenig konsistent erscheint zum Beispiel ein Anstieg des Einzelhandelsumsatzes um 10 vH gegenüber dem Vorjahr bei rückläufigen Realeinkommen und gesunkenen Importen oder eine steigende Nahrungsmittelproduktion bei stark verringerter Agrarproduktion.

Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 1999
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt ^a	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	11	8,3	3,4
Industrieproduktion ^a	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	18,8	12,4	9,7
Agrarproduktion ^a	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,4	-4,7	2,4	-4,9	-0,7	-8,6
Bruttoanlageinvestitionen ^a	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-5
Gütertransportvolumen ^b	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	-1,2	0,1
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	1,1	1,2
Einzelhandelsumsatz ^a	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	18	26	10
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1.393	2.008	497	80	74	108	280
Nominallöhne	16	101	838	1.107	1.504	669	61	87	104	324
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	14	18	7,7
Verbraucherpreise										
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1.190	2.221	709	53	64	73	294
Dezember zu Dezember	.	.	.	1.997	1.960	244	39,3	63,1	181,7	251,2
Industrielle Erzeugerpreise										
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1.787	1.916	499	33,6	88	72	355,4
Dezember zu Dezember	.	238	4.091	3.868	1.857	140	31,3	90,9	200,1	242,9
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3	2,0

^a Real. – ^b Auf Tonnenkilometer.

Quellen: Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus' (im Folgenden: Minstat): Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 5, 57 und 169; Minstat: Statisticheskij Bjulleten', Dekabr', 1999.

Auf der Entstehungsseite des BIP wies lediglich die Industrie einen Produktionszuwachs aus, und zwar von knapp 10 vH. Der Anteil der Industrie am BIP stieg auf 29,6 vH. Außer der Baustoffindustrie (-1 vH) und der Eisen- und Stahlindustrie (-0,6 vH) wurde für alle Industriezweige ein Produktionszuwachs ermittelt, darunter ein Wachstum zwischen 10 und 15 vH für den Maschinenbau und die Metall-

verarbeitung, die Nahrungsmittelindustrie, die Holz- und Papierindustrie und die Leichtindustrie (vgl. Tabelle 2). Genossenschaften, Gesellschaftsvereinigungen, Privatunternehmen und die gemischten Unternehmen erzielten höhere Wachstumsraten (15 bis 20 vH). Das Wachstum der Industrie erfolgte vor dem Hintergrund einer realen Aufwertung des belarussischen Rubel, die allerdings die relative Verteuerung der Importgüter aus dem Jahre 1998 noch nicht vollständig kompensierte. Es gibt auch Anhaltspunkte dafür, dass ein beträchtlicher Teil des Produktionsanstiegs auf Lager ging. Dies wäre ein Hinweis darauf, dass die Unternehmen noch immer eine externe Finanzierung der Produktion von Gütern finden, die nicht abgesetzt werden können.

Tabelle 2:
Industrieproduktion nach Zweigen 1990 bis 1999
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Industrie insgesamt ^a	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	19	12	10
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-7	6
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	1	2
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	15	-0,6
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	16	15
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	19	8	6
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	35	22	14
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	26	15	-1
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	23	10
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	21	19	15

^a Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Jointventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Minstat: Statisticheskij Bjulleten', Dekabr' 1999, S. 34 f.

Unter den anderen Sektoren stagnierte die Produktion der Bauwirtschaft. Auffallend stark schrumpfte die Zahl fertiggestellter Wohnungen (-19 vH). Gerade der Wohnungsbau war in den vergangenen Jahren in den Genuss verbilligter Kredite gekommen. Im vergangenen Jahr setzte die Landwirtschaft ihre 1990 begonnene Talfahrt beschleunigt fort; der Agrarsektor befindet sich mittlerweile in einem katastrophalen Zustand. Die Bruttoproduktion sank 1999 um nahezu 9 vH. Dies betraf die Pflanzenproduktion ebenso wie die Tierproduktion. Ernteausfälle, zum Beispiel von einem Viertel bei Getreide, führten zu einer entsprechenden Reduzierung der Tierbestände. Anfang 2000 standen für die Tierproduktion 32 vH weniger Futtermittel als Anfang 1999 zur Verfügung. Die Getreideproduktion des Jahres

1999 entsprach nur noch etwa der Hälfte des Jahres 1990; ähnlich sahen die Ziffern bei den Viehbeständen aus.

Das Gütertransportvolumen, gemessen in Tonnenkilometern, stagnierte, wobei die transportierte Gütermenge, gemessen in Tonnen, um knapp 6 vH sank. Dies ist nur schwer in Einklang mit dem gemeldeten Anstieg der Industrieproduktion zu bringen. Zwar könnte der Produktionsrückgang im Agrarsektor negativ zu Buche geschlagen haben, aber dies ist angesichts der unterschiedlichen Gewichte beider Sektoren (Agrarsektor: 10,7 vH des BIP, Industrie: 30 vH) wenig plausibel.

Auf der Verwendungsseite des BIP signalisiert ein Anstieg des realen Einzelhandelsumsatzes von 10 vH und der entgeltlichen Dienstleistungen von 13 vH zunächst auch einen Anstieg des privaten Konsums, der damit – neben einer Verbesserung des Außenbeitrags – das BIP-Wachstum stützte. Allerdings kam dieser Anstieg bei sinkenden Realeinkommen zustande, was, eine richtige Erfassung der Geldausgaben der Haushalte vorausgesetzt, auf einen erheblichen Rückgang der Sparquote verweist. Die sich wieder beschleunigende Inflation könnte die Haushalte dazu veranlasst haben, dauerhafte Verbrauchsgüter zu erwerben. So stieg der Umsatz dieser Gütergruppe um 16 vH, während die Umsätze von Lebensmitteln nur um 6 vH stiegen. Letztere wuchsen offensichtlich vor allem wegen stark gesteigener Käufe alkoholischer Getränke (19 vH), was ebenfalls auf eine Flucht in dauerhafte Waren verweist, während die Verkäufe verschiedene Grundnahrungsmittel erheblich abnahmen.

Den entscheidenden Anteil an der Abschwächung des BIP-Wachstums hatte jedoch der Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen von 5 vH; diese waren in den beiden Vorjahren noch um jeweils mehr als 20 vH gestiegen, nicht zuletzt aufgrund verbilligter Kredite der Zentralbank. Der Rückgang fand 1999 hauptsächlich in den produzierenden Sektoren statt, wobei die Bauwirtschaft mit -26 vH besonders auffällt (vgl. Tabelle 3). Demgegenüber verzeichneten das Transportwesen, das Gesundheits-, Sport und Sozialwesen sowie der Finanzsektor einen Investitionsanstieg von 11 vH, 24 vH bzw. 32 vH. Der Staat (Republikhaushalt und Kommunen) war in einem etwas größeren Ausmaße (3,3 vH) an der Finanzierung der gegenüber dem Vorjahr erheblich geringeren Investitionen beteiligt. Generell kann geschlossen werden, dass die hohen Investitionszuwächse der Vorjahre – vor allem in der Bauwirtschaft und im Wohnungsbau – nur zustande kamen, weil der Staat über verbilligte Kredite einen großen Teil des Risikos übernahm, den die Unternehmen nicht zu tragen bereit waren. Letztlich haben sich diese Programme als Strohfeuer erwiesen.

Der Außenbeitrag verbesserte sich im vergangenen Jahr: Diese Verbesserung fand nicht nur über eine Reduzierung der realen Importe, sondern auch über eine Ausweitung der realen Exporte statt. Das Defizit in der Handelsbilanz halbierte sich. Diese Verbesserung wurde mit einem Terms-of-Trade-Verlust von etwa 3 vH erkaufte.

Tabelle 3:
 Investitionsentwicklung 1990 bis 1999
 - Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH in konstanten Preisen -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-5
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	25	-8
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	19	41	-12
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	34	-19
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	43	-26
Transport	3	39	-27	7	-24	0	0	23	-5	11
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	-21	-7
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	59	4
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	71	8	-14
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	24	-2
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	27	-3
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	17	-14
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	13	24
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	11	-7
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	88	-26
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	-13	-44
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	138	28	-41	-27	39	32

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjuulleten' Dekabr', 1996, S. 159 und 164 f.; Dekabr', 1999, S. 151 ff.

Die gesamtwirtschaftlich größten Gefahren gehen derzeit von der Inflation aus. Trotz weit verbreiteter Preiskontrollen beschleunigte sich die Inflation bei den Verbraucherpreisen im Jahresdurchschnitt auf 294 vH. Dieser Anstieg war zweifelsohne auch abwertungsbedingt und damit vorübergehend. So sanken zur Jahresmitte 1999 die monatlichen Inflationsraten nach und nach und erreichten wieder ein einstelliges Niveau (vgl. Tabelle 4). In der zweiten Jahreshälfte dagegen nahmen die Inflationsraten vor dem Hintergrund einer starken Expansion der Geldmenge wieder zu. Im Dezember betrug die Inflationsrate gegenüber dem November 13,6 vH.

Unter den Lebensmitteln verteuerten sich am stärksten Fleisch, Butter, Käse, Eier und Kartoffeln (360 bis 460 vH von Dezember zu Dezember). Dabei handelt es sich ausschließlich um Grundnahrungsmittel, deren Produktion vorwiegend inländisch erfolgt und deren Preise den stärksten administrativen Kontrollen unterlie-

gen. Preissteigerungen für Benzin (um 656 vH) sind ein kombiniertes Resultat aus Abwertung und Rohölpreisanstieg. Aber auch die Preise dauerhafter Konsumgüter wie Kühlschränke und Baustoffe wiesen erhebliche Steigerungen auf (250 bis 330 vH). Bei den Dienstleistungen waren es die administrierten Tarife für Telefon, Stadtverkehr, Aufenthalte in Vorschuleinrichtungen und Sanatorien sowie hauswirtschaftliche Dienstleistungen, die am stärksten stiegen (310 bis 656 vH). Entsprechende Anhebungen sollten offenbar eine weitere Ausweitung der Defizite der öffentlichen Haushalte verhindern, die auf der Ausgabenseite durch die allgemeine Inflation drohte.

Tabelle 4:
Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1999
- Veränderungen gegenüber Vormonat in vH -

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1995	1996	1997	1998	1999	1995	1996	1997	1998	1999
Januar	39,2	5,6	13,3	3,9	16,6	44,4	4,0	18,5	4,1	29,1
Februar	33,7	4,0	6,6	3,1	13,7	13,2	0,3	15,4	3,8	18,2
März	20,0	2,0	2,3	3,3	12,1	9,5	1,1	5,3	3,0	15,0
April	14,5	1,5	4,3	3,8	7,4	7,5	1,6	7,0	2,5	6,2
Mai	3,4	0,6	5,0	3,4	8,9	1,7	0,4	5,9	2,5	6,7
Juni	2,5	2,3	4,5	2,7	7,1	1,3	2,1	2,5	3,4	5,1
Juli	5,2	2,0	1,4	2,8	6,0	2,4	1,7	2,3	5,0	5,3
August	3,0	1,3	1,0	3,8	7,1	5,2	3,5	1,4	6,3	7,8
September	5,2	1,8	5,0	17,6	12,1	5,0	2,1	2,3	12,1	7,5
Oktober	3,4	1,3	3,2	21,0	14,2	2,1	1,6	2,4	16,0	9,5
November	3,7	3,9	1,8	25,0	14,3	2,7	2,2	2,4	21,7	10,3
Dezember	3,9	7,4	2,3	21,7	13,6	2,2	5,5	2,6	40,7	11,3

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten' Dekabr', 1996, S. 193 und 217; Dekabr', 1997, S. 205 und 229; Dekabr', 1998, S. 185 und 209; Dekabr', 1999, S. 186 und 210.

Besonders stark stiegen die Erzeugerpreise der Industrie (355 vH, Dezember zu Dezember). In der Brennstoffindustrie, der Mischfutter- und Mühlenindustrie, im medizinischen Gerätebau und im Eisenhüttenwesen gab es die höchsten Steigerungsraten (387 bis 451 vH). Für die Bauwirtschaft erhöhten sich die Preise von Dezember 1998 zu Dezember 1999 um 288 vH.

Staatshaushalt und monetäre Indikatoren

Ursprünglich war im konsolidierten Haushalt ein Defizit von 1,8 vH des BIP vorgesehen. Im weiteren Verlaufe des Jahres wurde das Defizitziel auf 3 vH des BIP erhöht, was im Zusammenhang mit massiven Ausgabensteigerungen gegen Ende des Jahres stand. Der rapide Anstieg des Defizits in der zweiten Jahreshälfte, insbesondere im vierten Quartal, wurde im wesentlichen durch Notenbankkredite finanziert, da es der Regierung nicht gelang, ausreichend GKO auf dem Markt zu platzieren. Die Emission von GKO deckte nur 29 vH des Defizits. Der Gesamtwert der GKO, der auf dem Primärmarkt emittiert wurde, ging seit September gegenüber dem jeweiligen Vormonat zurück.⁵⁵

Eine Notenbankfinanzierung wurde notwendig, weil, verglichen mit der Ausgabenexpansion, die Einnahmen im vergangenen Jahr relativ schwach stiegen. Ihr Anteil am BIP betrug 36,5 vH, verglichen mit 36,2 vH im Jahr 1998 (vgl. Tabelle 5). Der Anteil der Ausgaben stieg jedoch von 36,5 vH auf 39,4 vH des BIP. Unter den Einnahmen stieg der Anteil des Gewinnsteueraufkommens nur unwesentlich auf 4,9 vH des BIP; die Mehrwertsteuer stellte den größten Einnahmeposten mit etwa 9 vH. Zahlungsrückstände der Steuerzahler waren in Belarus kein fiskalisches Problem wie in Russland: Zum 1.1.2000 waren lediglich 0,8 vH der Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt überfällig; die Rückstände bestanden vor allem bei der Gewinnsteuer und den Akzisen.

Tabelle 5:

Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts, 1995 bis 1999

	1995	1996	1997	1998	1999 ^a
	<i>Einnahmen (Struktur in vH)</i>				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	28,0	28,1	29,8	25,7	25,1
Akzisen	7,9	12,5	13,0	11,0	9,5
Gewinnsteuer	21,6	14,5	14,6	12,4	13,5
Einkommensteuer	9,3	10,5	9,9	10,5	8,5
Tschernobylsteuer	8,0
Mineralölsteuer	1,7	0,5	.	.	.
Immobiliensteuer	2,5	1,9	.	3,8	1,7
Zölle etc.	5,7	6,7	8,1	6,4	5,4 ^c
Fonds auf Republikenebene ^b				7,7	8,5
Sonstige Einnahmen	15,4
	<i>Ausgaben (Struktur in vH)</i>				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	22,0	19,7	21,7	24,0	22,1

⁵⁵ Belarus Economic Trends (im Folgenden: BET), December 1999, S. 7 f;
<http://www.bettacis.minsk.by> vom 31. März 2000.

Fortsetzung Tabelle 5

	1995	1996	1997	1998	1999 ^a
Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit	39,0	45,9	41,8	37,5	34,1
Wissenschaft	1,7	1,6	1,5	1,2	1,2
Tschernobylfolgen	7,8	7,7	4,0	5,2	4,3
Verteidigung	4,5	5,3	4,8	3,0	2,6
Rechtsorgane	7,0	7,3	6,3	5,4	4,9
Verwaltung	3,3	3,3	3,3	3,1	2,6
Außenwirtschaft	.	1,2	0,8	0,7	1,0
Schuldendienst	0,4	1,5	2,0	2,0	2,0
Sonstige Ausgaben	14,3	6,5	13,8	17,9	25,2
Saldo in vH der Ausgaben	-8,4	-7,0	-6,1	-2,8	-7,5
<i>Einnahmen (Anteile am BIP in vH)</i>					
Insgesamt	30,0	27,5	32,2	36,2	36,5
Mehrwertsteuer	8,4	7,7	9,6	9,3	9,1
Akzisen	2,4	3,4	4,2	4,0	3,5
Gewinnsteuer	6,4	4,0	4,7	4,5	4,9
Einkommensteuer	2,8	2,9	3,2	3,8	3,1
Tschernobylsteuer	2,4
Mineralölsteuer	0,5	0,1	.	.	.
Immobiliensteuer	0,7	0,5	.	1,3	0,6
Zölle etc.	1,7	1,8	2,6	2,3	2,2 ^c
Fonds auf Republikenebene ^b				2,8	3,1
Sonstige Einnahmen	4,6
<i>Ausgaben (Anteile am BIP in vH)</i>					
Insgesamt	32,3	29,5	33,7	36,5	39,4
Volkswirtschaft	7,1	5,8	7,3	8,8	8,7
Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit	12,6	13,5	14,1	13,7	13,4
Wissenschaft	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Tschernobylfolgen	2,5	2,3	1,3	1,9	1,7
Verteidigung	1,5	1,6	1,6	1,1	1,0
Rechtsorgane	2,3	2,2	2,1	2,0	1,9
Verwaltung	1,1	1,0	1,1	1,1	1,0
Außenwirtschaft	.	0,4	0,3	0,3	0,4
Schuldendienst	0,1	0,4	0,7	0,7	0,8
Sonstige Ausgaben	4,6	1,9	4,7	6,5	9,9
Saldo in vH des BIP	-2,7	-2,1	-2,1	-1,0	-2,9

^a Vorläufig. – ^b Seit 1998 werden die vormals außerbudgetären Fonds, ohne Sozialversicherungsfonds, dem konsolidierten Haushalt zugerechnet.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 175 ff; Statistiaeskij bjulleten, Dekabr' 1999; Belarus Economic Trends (im folgenden: BET), January-March 2000, a. a. O.; eigene Berechnungen.

Unter den konsolidierten Staatsausgaben entfielen 1999 8,7 vH des BIP (21,1 vH der Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts) auf Zuschüsse an die Wirtschaft, in etwa soviel wie 1998. Unter dieser Position nahmen die Ausgaben für Investitionen nur mehr einen Anteil von 5,9 vH ein, nach 8,3 vH im Vorjahr. Der Anteil der nichtinvestiven Ausgaben wäre damit gestiegen. Die Ausgabenexpansion im zweiten Halbjahr fand vor allem in der Position der sonstigen Ausgaben statt, deren Anteil am BIP von 6,5 vH auf 9,9 vH stieg. Die zusätzlichen Ausgaben flossen in die Bauwirtschaft und den Agrarsektor.

Im Herbst 1999 wurde die Finanzierung modifiziert. Zwar wurden die Banken wie schon in den Vorjahren von der Regierung angewiesen, Kredite zu Sonderkonditionen an die Bauwirtschaft und den Agrarsektor zu vergeben. Aber statt von der Zentralbank erhielten die Banken die notwendigen Finanzmittel nun von der Regierung. Im Gegenzug erwarb die Regierung Anteile am Grundkapital der Banken in Höhe der bereitgestellten Mittel. Insgesamt vergrößerte sich dadurch der Staatsanteil am Grundkapital der Banken. Der Finanzierungskreislauf wurde durch zusätzliche Zentralbankkredite an die Regierung geschlossen.

Was die Sozialversicherungsfonds betrifft, so ergab sich 1999 noch ein leichter Überschuss in Höhe von 0,2 vH des BIP, wobei die Auszahlungen 13 vH des BIP entsprachen. Der Überschuss war jedoch deutlich geringer als 1998 (0,9 vH) und dürfte im Jahr 2000 weiter sinken.⁵⁶ Darüber hinaus existiert eine Anzahl von weiteren speziellen Budgetfonds (Straßenbau, Landwirtschaft, Umweltschutz, Energieeinsparung und Beschäftigung), deren bedeutendster der Fonds für die Unterstützung der Landwirtschaft (Auszahlungen 2,8 vH des BIP) war. Die Gesamtbilanz dieser Fonds wies für 1999 einen Überschuss in Höhe von 0,6 vH des BIP aus (1998: 0,4 vH). Auffallend an der längerfristigen Entwicklung dieser Fonds ist, dass die Ausgaben des Landwirtschaftsfonds ständig gestiegen sind und dies auch für das laufende Jahr (auf 3,9 vH des BIP) geplant ist.⁵⁷

Ein explizites Defizitziel, gemessen als Anteil am BIP, liegt für das Jahr 2000 nicht vor. Gemäß dem Budgetgesetz ergibt sich ein Anstieg der Ausgaben um 41 vH und der Einnahmen um 42 vH. Aus den Prognosen der Regierung zum BIP-Wachstum ergibt sich implizit eine Defizitquote von 1,7 vH des BIP. Die Rückführung der Defizitquote gegenüber 1999 bleibt allerdings solange nichtssagend, wie die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht hergestellt ist und deren quasi-fiskalische Aktivitäten in Form direkter Kredite an die Unternehmen nicht eingestellt werden.

Die inflationäre Geldpolitik der Zentralbank setzte sich im ersten Dreivierteljahr 1999 fort. Erst gegen Ende des Jahres schwenkte die Zentralbank auf einen restriktiveren Kurs um. Nachdem die Wachstumsraten der Geldmengenaggregate in den ersten drei Quartalen des Jahres 1999 das Vorjahresniveau überstiegen hatten, gin-

⁵⁶ Auf etwa 0,1 vH lt. Prognose von BET, a. a. O.

⁵⁷ Vgl. ebenda.

gen sie aufgrund einer erheblich eingeschränkten Geldemission im vierten Quartal deutlich zurück (vgl. Tabelle 6). Dennoch fiel die Zunahme der Geldbasis 1999 stärker als im Jahr 1998 aus. Dagegen halbierte sich die Wachstumsrate der erweiterten Geldmenge M3 im Jahresvergleich. Bei der Geldbasis war die Zunahme im wesentlichen auf die Ausweitung der Regierungskredite zurückzuführen. Der Rückgang der Wachstumsrate der Geldmenge M3 beruhte größtenteils auf einem geringeren Geldmengenmultiplikator und Bewertungseffekten der Fremdwährungskonten. Für die Reduzierung des Geldmengenmultiplikators war eine höhere Bargeldquote 1999 im Vergleich zum Vorjahr ursächlich. Der Anteil der Fremdwährungseinlagen an der Geldmenge M3 nahm stark ab. Dadurch fiel der Effekt einer Höherbewertung der Fremdwährungskonten durch die Rubelabwertung 1999 deutlich geringer aus als 1998.

Tabelle 6:
Wachstumsraten der Geldmengenaggregate, 1997 bis 1999
- Periodenendwerte, in vH gegenüber der Vorperiode -

	1997	1998	1999	1998				1999			
				I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.
Geldbasis	108	163	178	12	24	18	60	21	23	42	33
M3 ^a	111	276	133	7	23	29	121	21	24	31	19
<i>Memorandum:</i>											
Verbraucherpreise	63	182	251	11	10	25	84	49	25	27	43
Erzeugerpreise	91	201	243	11	9	25	99	76	19	22	34

^a Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quellen: BET, Monthly Bulletin, verschiedene Ausgaben 1999,
<http://www.bettacis.minsk.by> vom 27.3.2000; eigene Berechnungen.

Wie schon in den Vorjahren wurde die Geldpolitik fiskalpolitischen Zielen untergeordnet. Doch die Bedeutung subventionierter und zweckgebundener Kredite der Bank an die Unternehmen via Geschäftsbanken hat 1999 im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen (vgl. Tabelle 7). Der Bestand dieser Kredite erhöhte sich zwar 1999 nominal um knapp ein Fünftel im Vergleich zu 1998, nahm aber real um etwa zwei Drittel ab. Während 1998 der Anstieg der Kredite der Zentralbank an die Banken noch etwas mehr als 80 vH der Zunahme der Geldbasis erklärte, waren dies 1999 nur noch 8 vH. Entsprechend ging ihr Anteil an der Geldbasis um mehr als die Hälfte auf etwa 33 vH zurück. Dagegen legte der Anteil der Regierungskredite an der Geldbasis im gleichen Zeitraum leicht zu. Besonders stark war die Verschiebung der Anteile der Bankkredite zugunsten der Zentralregierung im vierten Quartal 1999. Dies stand im Zusammenhang mit Schwierigkeiten der Regierung bei der Finanzierung des Defizits durch die Emission von GKO, die nur auf eine schwache Nachfrage trafen.

Tabelle 7:
Herkunft und Verwendung der Geldbasis, 1995 bis 1999
- Periodenendwerte in vH -

	1995	1996	1997	1998	1999			
					I.	II.	III.	IV.
<i>Herkunft</i>								
Devisenreserven (netto)	17,6	7,2	10,1	5,7	10,3	8,9	10,2	8,2
Inländische Aktiva (netto)	82,4	92,8	89,9	94,3	89,7	91,1	89,8	91,8
Forderungen an die Zentralregierung	66,3	62,0	49,2	75,9	71,1	63,3	35,9	76,6
Forderungen an Banken	34,1	55,2	67,5	77,2	64,7	63,7	67,3	32,6
Sonstige Aktiva	-19,8	-25,6	-27,6	-59,4	-47,1	-36,7	-27,9	-18,6
<i>Verwendung^a</i>								
Bargeld	55,3	51,0	48,7	40,8	40,0	56,0	50,3	47,0
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	20,1	24,2	29,5	27,9	33,3	31,9	28,4	26,8
Überschussreserven	22,6	22,5	19,7	29,1	25,1	10,7	19,2	22,9

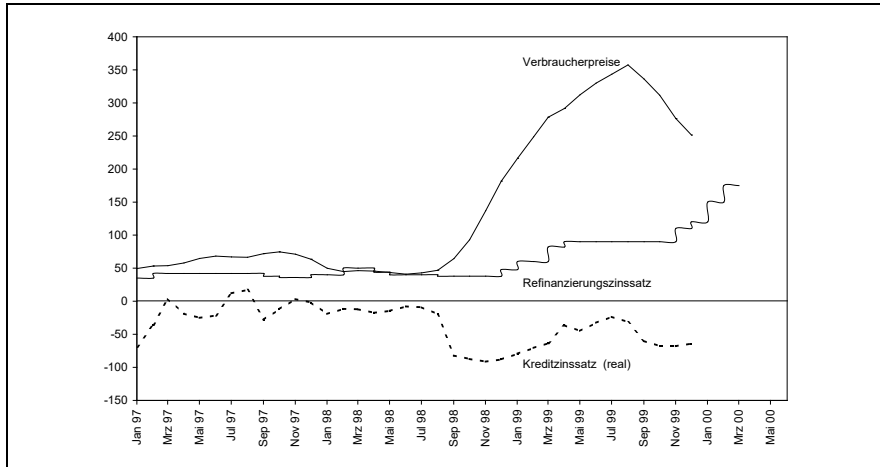
^a Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 vH besteht aus "sonstigen" Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quellen: BET, <http://www.bettacis.minsk.by> vom 27.3.2000; eigene Berechnungen.

Die durch eine verringerte Geldemission im vierten Quartal 1999 eingeleitete restriktivere Geldpolitik wurde von zahlreichen Anhebungen des offiziellen Refinanzierungszinssatzes begleitet (vgl. Abbildung 2). In fünf Schritten erhöhte die Zentralbank seit November 1999 den Refinanzierungszinssatz von 90 vH auf 175 vH im März 2000. Zwar gingen daraufhin die negativen realen Kreditzinssätze leicht zurück, aber ein positives Realzinsniveau wurde durch diese Maßnahmen noch nicht erreicht. Die Wirkung des Refinanzierungszinssatzes als Steuerungsinstrument der Geldpolitik wurde allerdings dadurch eingeschränkt, dass weiterhin Refinanzierungskredite zu Sonderkonditionen von der Zentralbank an die Geschäftsbanken vergeben wurden.

Der Verfall des Außenwertes des weißrussischen Rubel hat sich 1999 im Vergleich zu 1998 noch beschleunigt (vgl. Abbildung 3). Der offizielle Wechselkurs der Zentralbank wertete im Jahresverlauf nominal um 230 vH (Dezember zu Dezember) gegenüber dem US-Dollar ab. Auf dem Interbankenmarkt verlor der Rubel gegenüber dem US-Dollar sogar 270 vH seines Wertes. Der offizielle Kurs zum russischen Rubel entwickelte sich weitgehend parallel zum Dollarkurs des weißrussischen Rubel (vgl. Abbildung 4).

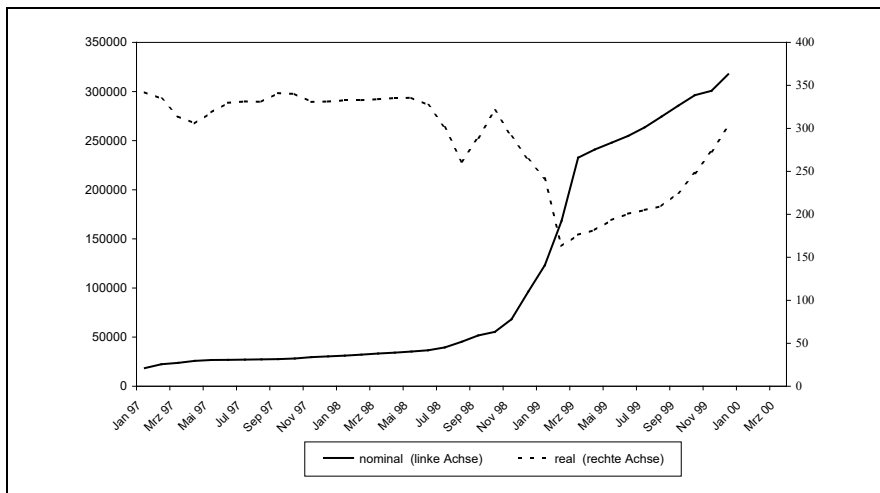
Abbildung 2:
Entwicklung der Verbraucherpreise und ausgewählter Zinssätze, 1997 bis März 2000
- in vH p.a. -



Anmerkung: Die Kreditzinsen wurden mit der annualisierten monatlichen Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex deflationiert.

Quellen: BET, <http://www.bettacis.minsk.by> vom 27.3.2000; eigene Berechnungen.

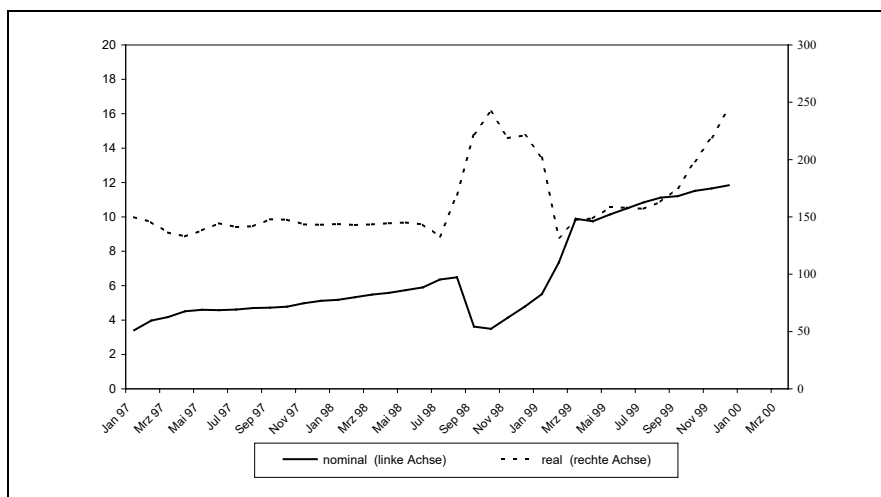
Abbildung 3:
Wechselkurse des weißrussischen Rubel zum US-Dollar, 1997 bis 1999
- offizieller Wechselkurs -



Anmerkung: Eine Aufwärtsbewegung des nominalen Kurses ist eine Abwertung, des realen Kurses dagegen eine Aufwertung.

Quellen: BET, <http://www.bettacis.minsk.by> vom 27.3.2000; eigene Berechnungen.

Abbildung 4:
Wechselkurse des weißrussischen Rubel zum russischen Rubel, 1997 bis 1999
- offizieller Wechselkurs -



Anmerkung: Eine Aufwärtsbewegung des nominalen Kurses ist eine Abwertung, des realen Kurses dagegen eine Aufwertung.

Quellen: BET, <http://www.bettacis.minsk.by> vom 27.3.2000; eigene Berechnungen.

Die reale Aufwertung des weißrussischen Rubel gegenüber dem US-Dollar (offizieller Kurs) lag für das gesamte Jahr 1999 bei 14 vH (Dezember zu Dezember). Damit wurde die starke reale Abwertung 1998 (20 vH) größtenteils wieder wettgemacht. Auch gegenüber dem russischen Rubel wertete die weißrussische Währung 1999 auf (11 vH). Insgesamt verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Waren auf den internationalen Märkten und schuf Anreize, im Inland produzierte Güter durch Importe zu ersetzen.

Ein großes Hindernis auf dem Weg zu dem angestrebten festen Wechselkurssystem ist das derzeit noch bestehende System multipler Wechselkurse.⁵⁸ Im Dezember 1999 hob die Zentralbank Beschränkungen bei den zulässigen Kursabweichungen zwischen den verschiedenen Devisenmärkten auf und intervenierte weniger stark auf dem Interbankenmarkt.⁵⁹ Dies waren wichtige Schritte, die unterschiedlichen Kurse einander anzunähern. Gleichwohl ist die Wechselkurspolitik noch weit entfernt von einem einheitlichen Wechselkurs, dessen Wert frei auf den Devisenmärkten bestimmt wird. Die Maßnahmen führten zu einer Konvergenz der Wech-

⁵⁸ Vgl. BET, January-March 2000, a. a. O. Für einen kurzen Überblick über die verschiedenen Wechselkurse vgl. DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Fünfzehnter Bericht, IWH-Forschungsreihe 8/1999, S. 31.

⁵⁹ BET, a. a. O., S. 40.

selkurse des Interbankenmarktes und der Devisenbörse gegen Jahresende 1999, aber noch mit Kursdifferenzen von bis zu 7 vH.

Zur Stabilisierung des Außenwertes des weißrussischen Rubel ist zur Jahresmitte 2000 die Einführung eines *Crawling-peg*-Wechselkurssystems mit dem US-Dollar als Ankerwährung geplant. Bei einem *Crawling-peg*-Wechselkurssystem wird die angestrebte Abwertung der heimischen Währung gegenüber der Ankerwährung innerhalb einer bestimmten Zeitperiode von der Zentralbank bekannt gegeben. Gleichzeitig strebt die Zentralbank zum Zeitpunkt der Einführung des *Crawling-peg*-Systems eine vollständige Deckung der rubel-denominierten Geldbasis durch Fremdwährungsreserven an. Zur glaubwürdigen Durchführung einer gleitenden Abwertung des Rubel ist diese Bedingung nicht zwingend erforderlich; vielmehr soll es wohl den Wirtschaftsakteuren signalisieren, dass ausreichend Devisen zur Verteidigung des Wechselkurses zur Verfügung stehen werden. Bei der im Dezember 1999 vorhandenen Geldbasis ergibt sich bei einem Umfang der Reserven von knapp 300 Mio. US-Dollar zum gleichen Zeitpunkt und dem offiziellen Wechselkurs eine Unterdeckung von etwa 50 vH. Die frühzeitige Bekanntgabe der voraussichtlichen Abwertungsrate des Rubel von 2 vH pro Monat bzw. 27 vH pro Jahr diene wohl in erster Linie der Stabilisierung der Inflationserwartungen der Bevölkerung und – angesichts der tatsächlichen Abwertung im Jahr 1999 – weniger als realistisches operatives Wechselkursziel.

Die Stabilisierungserfahrungen einiger mittel- und osteuropäischer Transformationsländer zeigen, dass die Anbindung der heimischen Währung an eine stabile, ausländische Währung eine erfolgreiche Maßnahme sein kann, makroökonomische Stabilität herzustellen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Unterordnung der Geldpolitik unter die Ziele der Wechselkurspolitik. Die Ausgestaltung der Wechselkursanbindung – sei es in Form eines *Crawling pegs*, eines *Currency boards* oder eines Wechselkursbandes – ist dabei nur von zweitrangiger Bedeutung. Wichtiger ist die Kontrolle der Geldpolitik durch eine unabhängige Zentralbank. Diese Voraussetzung ist in Belarus nicht gegeben. Dies eröffnet mögliche Konflikte zwischen dem Finanzierungsbedarf der Regierung und dem Ziel eines stabilen Wechselkurses. Deshalb bleibt insgesamt festzuhalten, dass, solange die institutionelle Unabhängigkeit der Nationalbank nicht gewährleistet ist, jedwede Wechselkursfixierung zum Scheitern verurteilt sein wird. Vordringliches Ziel der Ordnungspolitik sollte es daher sein, diese Unabhängigkeit schnellstmöglich herzustellen. Erst dann besteht eine Chance für die dringend notwendige makroökonomische Stabilisierung.

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und soziale Lage

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt 1999 um etwa 1 vH gegenüber dem Vorjahr.⁶⁰ Allerdings nahm der Anteil der Beschäftigten an der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im vergangenen Jahr nicht weiter ab und verharrte bei 75,7 vH (1990: 90,7 vH). Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen wird für Dezember 1999 mit 95.400 Personen angegeben (Dezember 1998: 105.900), dem entsprach eine Arbeitslosenquote von 2,0 vH, so dass die Erwerbsquote mit 77,7 vH etwas niedriger lag als 1998. Auf der Arbeitsnachfrageseite stieg trotz schwächeren Wirtschaftswachstums die Zahl der den Arbeitsämtern angebotenen offenen Stellen im Jahresdurchschnitt auf 37.800 (1998: 30.300). Im Dezember 1999 entfielen auf eine offene Stelle 2,5 registrierte Arbeitslose (Dezember 1998: 3,5). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Anstieg der offenen Stellen bei einem sich erheblich abschwächenden Wirtschaftswachstum ist ein Indiz für Beschäftigungsüberhänge in den Unternehmen.

Die Tendenz zur Umstrukturierung der Beschäftigung zu Gunsten des tertiären Sektors setzte sich 1999 nur noch stark abgeschwächt fort. Im Jahre 1999 war nur in der Landwirtschaft ein Rückgang der Beschäftigung (-1,6 vH) festzustellen; in allen anderen ausgewiesenen Bereichen nahm die Beschäftigung zu. Zu diesen Bereichen gehörten das Bank- und Versicherungsgewerbe (3,4 vH), der Großhandel (3,1 vH), die Wohnungswirtschaft und der Bereich Kultur (je 2,9 vH), das Transportgewerbe (2,6 vH) und das Bildungswesen mit 2,1 vH. In den anderen Teilbereichen lag der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr unter 2 vH.

Angaben zur Arbeitslosigkeit gemäß der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) legt die belarussische Statistik nicht vor.⁶¹ Es werden nur solche Personen als arbeitslos erfasst, die sich beim Arbeitsamt als arbeitssuchend registrieren lassen und denen keine entsprechende Arbeit angeboten werden kann. Geringe Arbeitslosenunterstützungen und schlechte Aussichten auf eine Vermittlung durch das Arbeitsamt geben wenig Anreize, sich als Arbeitssuchender registrieren zu lassen. Von den im Dezember 1999 registrierten 95.400 Arbeitslosen erhielten nur 37.000 eine Arbeitslosenunterstützung. Sie betrug im Durchschnitt 6 vH des monatlichen Durchschnittslohnes bzw. etwa einem Zehntel des Existenzminimums einer Person im arbeitsfähigen Alter.⁶² Die Mehrzahl der Arbeitsaufnahmen er-

⁶⁰ Minstat, a. a. O., S. 61 ff.

⁶¹ Zu den Arbeitslosen gehören entsprechend dem Standard der ILO Personen einer bestimmten Altersspanne, die in einer betrachteten Periode gleichzeitig folgende Kriterien erfüllen: a) sie sind nicht erwerbstätig, b) sie suchen Arbeit (bei den Arbeitsämtern, bei Unternehmen, durch Anzeigen etc.) oder organisieren die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit (Beschaffung von Räumen, Rohstoffen, Ausrüstungen, Lizenzen etc.), c) sie sind bereit, die Arbeit in einer bestimmten Frist anzutreten. Schüler, Studenten, Rentner und Invalide werden zu den Arbeitslosen gezählt, wenn sie Arbeit suchen und bereit sind, sie aufzunehmen.

⁶² „O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' janvar'-dekabr' 1999, S. 96.

folgte auch 1999 durch eigene Arbeitssuche. Vor diesem Hintergrund ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit viel höher.

Unter den registrierten Arbeitslosen nahm der Anteil der Jugendlichen (Personen bis 29 Jahre) weiter zu. Ein Drittel der Erwerbslosen war zwischen einem halben und einem Jahr arbeitslos. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen war mit etwa zwei Dritteln, gemessen an ihrem Anteil an den Beschäftigten, überproportional hoch.

Für das laufende Jahr sieht das Beschäftigungsprogramm der Regierung vor, die Arbeitslosenquote auf 2 vH zu halten. Dazu sollen 37.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und die Unternehmen finanziell unterstützt werden.⁶³

Die realen Geldeinkommen sanken 1999 gegenüber dem Vorjahr um 2 vH.⁶⁴ Dagegen legten die Reallöhne um nahezu 8 vH zu.⁶⁵ Die realen Renten stiegen 1999 um 5 vH. Bei sinkenden Realeinkommen und steigenden Reallöhnen ging der Anteil der Einkommen aus Vermögen und selbständiger Tätigkeit an den Geldeinkommen von 29,6 vH auf 27,9 vH zurück. Der Anteil der Löhne erhöhte sich dagegen von 52,2 auf 54,4 vH. Der Anteil der sozialen Transfers verringerte sich von 18,2 auf 17,7 vH.⁶⁶

Wie bisher versuchte die Regierung, durch eine gestaffelte Indexierung der unteren Einkommensgruppen die Inflationsfolgen zu mildern. Bis 1998 galt eine gestaffelte Indexierung für alle Einkommen, wobei die Indexierung degressiv erfolgte. Seit März 1999 gilt eine nach Einkommensart und -höhe differenzierte Indexierung, wobei Monatseinkommen von mehr als 5 Mio. Rubel nicht mehr berücksichtigt werden:⁶⁷

- Die aus den öffentlichen Haushalten bezogenen Einkommen (Sozialrenten, Unterstützungen, Stipendien) werden bei Inflationsraten von über 5 vH pro Monat regelmäßig indexiert.
- Die Altersrenten werden der Entwicklung der Durchschnittslöhne angepasst.
- Die Indexierung und Veränderung der Löhne für die aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Sektoren wurde verbindlich sowohl durch die Veränderung der Grundlöhne als auch durch eine Veränderung der Tarifkoeffizienten

⁶³ Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta Nr. 49/1999, S. 16.

⁶⁴ Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta Nr. 10/2000, S. 6.

⁶⁵ Minstat: Statističeskij bjulleten', Dekabr', 1999, S. 28.

⁶⁶ „O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar'-dekabr' 1999, S. 98.

⁶⁷ „Instrukcija o porjadke indeksacii dochodov naselenija v svjazi s rostom cen na potrebitel'skie tovary i uslugi" utverodena postanovleniem-prikazom Ministerstva truda Respubliki Belarus' i Ministerstva finansov Respubliki Belarus' N 26/55 ot 18.03.99 g., in: Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta, Informbank Nr. 19/1999, S. 32/33.

der einzelnen Tarifgruppen und darüber hinaus durch Kompensationszuschläge vorgenommen.

- Die ständige Veränderung der unteren Einkommensgruppen zwang generell dazu, in Abständen auch die anderen Lohngruppen anzuheben, um ein bestimmtes Maß an vertikaler Lohndifferenzierung aufrechtzuerhalten.

Die Lohnrückstände gingen leicht zurück und blieben im Dezember mit 3,8 vH der monatlichen Lohnsumme im Vergleich zu Russland relativ gering. Sie waren vor allem ein Problem in der Landwirtschaft, wo sie trotz erheblichen Rückgangs im Dezember 1999 noch 25 vH der Monatslohnsumme ausmachten (November 63 vH). Der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Lohnrückständen betrug zum Jahresende 77 vH, der der Industrie 14 vH; auf das Baugewerbe entfielen 7,3 vH.

Trotz der für das Gesamtjahr ausgewiesenen realen Rentenerhöhung erreichte die durchschnittliche Monatsrente 1999 nur etwa 80 vH des Existenzminimums für Personen im Rentenalter.⁶⁸ Niedrige Löhne und Renten, insbesondere Mindest- und Sozialrenten und geringe Arbeitslosenunterstützungen führten dazu, dass 44 vH der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fielen.

In dieses Bild passt, dass der Anteil der Konsumausgaben auf 86,4 vH der Geldeinkommen stieg. Die Sparquote betrug insgesamt 5,7 vH der Geldeinkommen, davon wurden 4,2 vH in Bankeinlagen, in Wertpapieren oder für den Kauf von Devisen verwendet. Der Anteil des Zuwachses des Bargeldbestandes und der sonstigen Verwendung betrug 1,5 vH. Lässt man den Kauf von Devisen außer acht, der (wie in Russland) auch mit Importen von Gütern für den Handel verbunden ist, so ist die Sparquote der privaten Haushalte wohl auf einem extrem niedrigen Niveau zu vermuten.

Die Regierung versuchte mit einem Lohntarifsystem, das für die direkt aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Sektoren verbindlich ist, auch die Lohnentwicklung in den übrigen Bereichen der Wirtschaft zu beeinflussen. Dazu legte sie Koeffizienten fest, die den Anstieg der Löhne in positiver Abhängigkeit von der Nettoproduktionsentwicklung bestimmten. Einen merklichen Einfluss auf die Differenzierung der Branchenlöhne (horizontale Differenzierung) hatte dies – trotz unterschiedlicher Leistungsentwicklung – bisher nicht. Nach wie vor sind die Branchenlöhne relativ schwach differenziert, verglichen etwa mit Russland. Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe (213 vH des Durchschnitts), im Baugewerbe (136 vH), und in der Industrie (125 vH) gezahlt. Die niedrigsten Löhne wurden in der Landwirtschaft (57 vH), insbesondere in den Kolchosen (51 vH), im Sozialwesen (51 vH) und in den Bereichen Kultur und Kunst (64 bzw. 65 vH) gezahlt. Der Durchschnittslohn entsprach im Dezember 1999 dem 1,8fachen des Existenzminimums. In der Landwirtschaft lag diese Relation nur noch bei 0,96, in

⁶⁸ Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva janvar'-dekabr' 1999, S. 100 f.

den Kolchosen sogar bei 0,84. Auch im Sozialwesen unterschritten die Löhne das Existenzminimum (Relation: 0,86). Die Lage der in diesem Sektor Beschäftigten ist aber weitaus problematischer, weil sie nicht auf eine Entlohnung in Naturalien zurückgreifen können.

Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme

Im vergangenen Jahr verringerte sich das Defizit in der Leistungsbilanz erheblich; es betrug nur noch 260 Mio. US-Dollar gegenüber 945 Mio. US-Dollar im Jahr 1998 (vgl. Tabelle 8). Dabei wurde im ersten Halbjahr noch ein leichter Überschuss erzielt, d. h., die Defizitbildung fiel im zweiten Halbjahr stark aus, insbesondere im 4. Quartal. Defizitär blieb die Handelsbilanz, wohingegen die Dienstleistungsbilanz wie 1998 mit einem positiven, wenn auch geringeren Saldo (298 Mio. US-Dollar) als im Vorjahr abschloss.

Die realen Exporte stiegen um 3,6 vH. Die Exporteinnahmen auf US-Dollarbasis sanken dagegen um 16 vH gegenüber dem Vorjahr,⁶⁹ d.h. es kam zu einem enormen Verfall der Preise in US-Dollar, und zwar um etwa 19 vH. Dies spielte offensichtlich nur bei Exporten in den GUS-Raum eine Rolle. Hier sanken die Einnahmen in US-Dollar um über 30 vH (Russland: 29,8 vH), während die Exporte zu vergleichbaren Preisen nur um 8,7 vH abnahmen. Die durchschnittlichen Exportpreise in US-Dollar im Export nach Russland fielen um knapp 24 vH gegenüber dem Vorjahr, gegenüber den Staaten außerhalb der GUS nur um 5,3 vH. Im Unterschied zum GUS-Raum nahmen die Dollar-Einnahmen aus Exporten außerhalb der GUS um gut 17 vH zu (Deutschland: 8 vH auf 215 Mio. US-Dollar), in vergleichbaren US-Dollar-Preisen stiegen sie um 11 vH.

Der Preisverfall im Export nach Russland kann zu einem Großteil durch Wechselkurseffekte erklärt werden. Bei einem konstanten Preis, den ein belarussisches Unternehmen in russischen Rubel erzielt, sinkt der Preis, ausgedrückt in US-Dollar, wenn die Rate der nominalen Abwertung, gegenüber dem US-Dollar stärker ausfällt als gegenüber dem russischen Rubel. Genau dies war 1999 der Fall.

Trotz einer realen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar nahmen die Exporte in den Nicht-GUS-Raum real und nominal (in US-Dollar) zu. Es gelang offensichtlich, allerdings auch unter Inkaufnahme von Preisabschlägen im Rahmen von Bartergeschäften, Exporte umzulenken. Dies betraf hauptsächlich Autoreifen, LKWs, Kühlschränke und Fernsehapparate.

⁶⁹ Die nachfolgende Analyse der Preis- und Mengenkomponten beruht auf den Angaben für 11 Monate, da zwar für das gesamte Jahr die nominalen Angaben vorliegen, nicht aber für die reale Entwicklung.

Tabelle 8:
Zahlungsbilanz 1997 bis 1999
- in Mio. US-Dollar -

	1997	1998	1999				
	Jahr	Jahr	Jahr	I.	II.	III.	IV.
Außenhandel, Saldo	-1.335,4	-1.447,3	-598,5	-55,0	-75,0	-151,7	-316,8
Exporte	7.382,6	7.081,0	5.949,3	1.325,5	1.542,5	1.392,7	1.688,6
Importe	-8.718,0	-8.528,3	-6.547,8	-1.380,5	-1.617,5	-1.544,4	-2.005,4
Nichtfaktordienstleistungen	554,0	439,8	298,0	72,2	84,3	71,4	70,1
Export	918,8	925,1	733,8	167,2	192,0	194,6	180,0
Import	-364,8	-443,2	-435,8	-95,0	-107,7	-123,2	-109,9
Faktordienstleistungen	-84,6	-77,5	-64,6	-31,0	-13,2	-10,1	-10,3
Transfers (netto)	78,4	140,4	108,4	15,5	16,6	35,9	40,4
Saldo der Leistungsbilanz	-787,6	-944,6	-256,7	1,7	12,7	-54,5	-216,6
Kapitaltransfers	133,2	170,1	60,4	20,0	11,8	10,7	17,9
Direktinvestitionen (netto)	197,9	141,5	224,2	84,0	90,0	24,8	25,4
Direktinvestitionen Abflüsse	-2,1	-2,3	-0,8	-0,2	-0,3	-0,2	-0,1
Direktinvestitionen Zuflüsse	200,0	149,2	225,0	84,2	90,3	25,0	25,5
Portfolioinvestitionen (netto)	-19,8	14,6	-32,2	8,8	-17,1	-13,0	-10,9
Portfolioinvestitionen Abflüsse	-61,6	28,0	-13,9	3,9	-1,5	-11,0	-5,3
Portfolioinvestitionen Zuflüsse	41,8	-13,4	-18,3	4,9	-15,6	-2,0	-5,6
Andere Investitionen (netto)	361,8	93,2	57,0	-102,8	-52,2	84,7	127,3
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	673,1	419,4	309,4	10,0	32,5	107,2	159,7
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	156,9	110,2	34,3	-33,2	-62,3	40,5	89,3
Saldo der Zahlungsbilanz	42,4	-415,0	87,0	-21,5	-17,1	93,2	32,4
Finanzierung	-42,4	415,0	-87,0	21,5	17,1	-93,2	-32,4
Reserveaktiva	77,0	53,7	34,5	1,5	35,1	-3,5	1,4
IMF	0,0	-24,4	-58,0	-16,7	-8,3	-24,4	-8,6
Sonderfinanzierung	-119,4	385,7	-63,5	36,7	-9,7	-65,3	-25,2

Quelle: Interne Arbeitsunterlagen; eigene Berechnungen.

Mengeneffekte hatten ebenfalls eine spürbare Bedeutung im Export nach Russland. Zum einen kam es zu einem allgemeinen Rückgang der Importneigung der russischen Wirtschaft, die alle Länder betraf. Zum anderen sank mit der Einführung einer Steuer auf Bartergeschäfte die Attraktivität des Exporte nach Russland seit Mitte des Jahres. Schließlich setzte sich die reale Aufwertung des weißrussischen

gegenüber dem russischen Rubel fort. Zur Abschwächung der weißrussischen Erlösrückgänge erklärte sich Russland immerhin bereit, bei Transporten verbilligte Eisenbahntarife und bei eigenen Erdgaslieferungen nur den niedrigeren Inlandspreis zu berechnen.

Die Ausgaben für Importe in US-Dollar sanken um 23,2 vH gegenüber dem Vorjahr, in vergleichbaren Preisen jedoch nur um 8,6 vH, die Importpreise fielen um 16 vH. Trotz erheblicher Preissenkungen (für Erdöl 23,1 vH, Erdgas 40 vH; Januar bis November), teilweise vom Weltmarkt diktiert, teilweise von Russland zugestanden, verschlechterten sich somit die Terms of Trade im Gesamthandel für Belarus um etwa 3 vH.

Die Einfuhren aus der GUS sanken um 27 vH, gerechnet in US-Dollar, aber nur um 3,5 vH in vergleichbaren Preisen. Innerhalb dieser Gruppe nahmen die realen Importe aus Russland sogar um 4,7 vH zu. Die Einfuhren aus dem Nicht-GUS-Raum fielen nur um 23 vH zu Dollar-Preisen, real dagegen um knapp 24 vH. Zu den rückläufigen Importen aus Staaten außerhalb der GUS trug die Ausweitung der Importsubstitution bei, die staatlich gefördert wurde.

Barter und anderen Formen des Gegengeschäfts nahmen weiterhin eine herausgehobene Stellung im Außenhandel ein. Nach offiziellen Angaben ging mit den rückläufigen Handelsumsätzen auch der Umfang von Barter zurück. Sein Anteil an den Exporten lag im vergangenen Jahr bei 35,5 vH und an den Importen bei 29,1 vH. Ausschlaggebend war vor allem der Handel mit Russland und anderen GUS-Staaten, auf die 87 vH des Barterhandels (Russland: 80 vH) entfielen. Im Export in Länder außerhalb der GUS soll der Anteil von Barter an den Exporten um drei Prozentpunkte zugenommen haben. Dieser Anstieg signalisiert zunehmende Finanzierungsprobleme der Unternehmen im Import aus dem Nicht-GUS-Raum – ein typisches Phänomen sozialistischer Länder in den 70er und 80er Jahren.

Der Saldo der Kapitalverkehrsbilanz schloss mit einem geringeren Überschuss (309 Mio. US-Dollar) ab als 1998. Die Direktinvestitionen erreichten netto 224 Mio. US-Dollar, 82 Mio. US-Dollar mehr als im Vorjahr. Die Direktinvestitionen bestanden im wesentlichen aus Ausrüstungen, die Russland für den Bau der Erdgasleitung "Jamal – Westeuropa" lieferte. Den restlichen Teil bildeten Beiträge zum Grundkapital gemischter Unternehmen. Die Portfolioinvestitionen wiesen einen negativen Saldo von 32 Mio. US-Dollar auf. Im Berichtszeitraum zogen Devisenausländer Kapital in Höhe von 18 Mio. US-Dollar zurück. Im Gegenzug legten Deviseninländer ihr Geld in ausländische Wertpapiere (fast ausschließlich russische GKO) in einer Höhe von 14 Mio. US-Dollar an.

Die seit 1996 sinkende Kreditfinanzierung setzte sich 1999 fort. Von Januar bis November wurden Kredite mit Regierungsgarantie in einer Summe von 45,1 Mio. US-Dollar und nicht garantierte Anleihen in einer Summe von 115,6 Mio. US-Dollar im Ausland aufgenommen. Dagegen stand eine Kredittilgung (außer Til-

gungen an den IWF) von 148,8 Mio. US-Dollar. Die Nettokreditaufnahme sank deshalb von 170 Mio. US-Dollar auf 60 Mio. US-Dollar, was die außerordentlich schlechte Kreditwürdigkeit Belarus' auf den internationalen Finanzmärkten reflektiert.

Die Währungsreserven sanken um 35 Mio. US-Dollar auf schätzungsweise 300 Mio. US-Dollar. Bis Ende 2000 sollen sie auf ca. 900 Mio. US-Dollar aufgestockt werden. Dies wird angesichts der fehlenden Kreditwürdigkeit des Landes nur unter erheblichen eigenen Anstrengungen möglich sein.

Das "Staatliche Exportprogramm bis 2005" sieht den Anstieg der Export bis 2005 auf 9.275 Mio. US-Dollar vor, d.h. um durchschnittlich 8 vH pro Jahr im Zeitraum 2000 bis 2005. Dies dürfte bei der absehbaren realen Aufwertung des Rubel im laufenden Jahr wohl kaum erreicht werden. Belastend für die Leistungsbilanz im Jahre 2000 wird auch der Anstieg der Erdölpreise sein. Eine weitere Möglichkeit, Devisenzuflüsse zu attrahieren, wäre eine Beteiligung ausländischer Investoren an der Wirtschaft im Zuge von Privatisierung. Dazu müssten aber die entsprechenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wirtschaftspolitik und Ausblick

Ordnungspolitisch ist Belarus durch eine administrative Lenkung der Wirtschaftsprozesse gekennzeichnet. Ein wesentlicher Kurswechsel zeichnet sich nicht ab. Die Regierung hofft, lediglich durch partielle Änderungen und Ergänzungen von Regelungen die Rückgänge im Export, bei den Investitionen und im Agrarsektor beheben zu können. Zur administrativen Lenkung und um die Inflation zu dämpfen, wird die Preisbildung staatlicher wie auch privater Unternehmen reglementiert und kontrolliert. Dabei soll auch eine zu niedrige Preisfestsetzung zur Umgehung der Steuerpflicht verfolgt werden; dies betrifft insbesondere Bartergeschäfte. Eine fehlende detaillierte Preiskalkulation wird seit Juli 1999 mit einer Geldstrafe in Höhe von 30 vH statt vorher 10 vH des Umsatzes des betreffenden Gutes belegt.⁷⁰ Eine weitere Einschränkung freien Wirtschaftens erfolgte per Dekret am 7. März 2000 durch die Lizenzierung aller Handelsaktivitäten. Seitdem reicht eine Eintragung ins Handelsregister (mit einigen Ausnahmen) für eine Geschäftstätigkeit nicht mehr aus. Notwendig wird eine Genehmigung der Behörden. Für die nicht-lizenzierten Handelsgeschäfte darf der Gewinnaufschlag 5 bis 10 vH nicht überschreiten.⁷¹

Auf dem Gebiet der Privatisierung gab es keine wesentlichen Fortschritte. Die Regierung hält am Prinzip staatlichen Eigentums an Großunternehmen fest und versucht, ihren Einfluss auch dort geltend zu machen, wo der Staat im Zuge der bisher

⁷⁰ Vgl. Nacional'naja Ekonomijaeskaja Gazeta vom 6.10.1999.

⁷¹ BET Weekly news, <http://www.bettacis.minsk.by> vom 31.1.00, S. 2.

erfolgten Privatisierung nur noch einen Minderheitsanteil am Kapital hält (sog. Goldene Aktie).⁷² Ein weiteres Hindernis für ein Engagement ausländischer Investoren wird das zukünftige Nationalisierungsgesetz sein. Am 10. November 1999 verabschiedete das Parlament dieses Gesetz in erster Lesung. Es erlaubt eine Verstaatlichung von Unternehmen, wenn dies aus verteidigungspolitischen Gründen und für die nationale Sicherheit notwendig erscheint. Darüber hinaus kann eine „Nationalisierungsinitiative“ von der Bevölkerung ausgehen, wenn mindestens 50.000 Einwohner die Verstaatlichung eines Unternehmens befürworten.

Der Privatisierungsbegriff ist in Belarus weitgefasst: Dazu gehört nicht nur die eigentliche Privatisierung, d. h. der Eigentumstransfer von Unternehmen, sondern auch die Umwandlung staatlicher Unternehmen in staatliche Kapitalgesellschaften und sogar der Verkauf, die Schenkung u. ä. von einzelnen Vermögensobjekten („Objekttransfer“), beispielsweise von Maschinen und Anlagen.

Die eigentliche Privatisierung umfasste zwischen 1991 und 1999 insgesamt nur 1977 vorwiegend kleinere Unternehmen (vgl. Tabelle 9). In diesen Unternehmen sind etwa 15 vH der Beschäftigten tätig. Im vergangenen Jahr verlangsamte sich das Tempo der Privatisierung weiter: Es wurden nur halb soviel Unternehmen wie 1998 verkauft, und dies fast ausschließlich im kommunalen Bereich. Die Zahl der umgewandelten Unternehmen verdoppelte sich auf 175. Schließlich nahm auch die Zahl der Objekttransfers zu. In der Wohnungswirtschaft wurden im vergangenen Jahr 192.000 Wohnungen privatisiert, das waren mehr als doppelt soviel wie im Jahr davor. Damit wurden seit 1989 insgesamt 1.055.600 Wohnungen privatisiert. Gemäß Präsidentenerlass Nr. 40 vom November 1999 kann durch Entscheidung des Präsidenten privates Vermögen als Kompensation für dem Staat zugefügten Schaden konfisziert werden.

Aufgrund der noch immer hohen Handelsverflechtung sind die Beziehungen zu Russland von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Ordnungspolitik in Belarus. Auf den ersten Blick nahm die anvisierte belarussisch-russische Union weiter Gestalt an. Im Dezember 1999 wurde das entsprechende Dokument von den Präsidenten beider Länder unterzeichnet. Die Wirtschaftsministerien erhielten den Auftrag, ihre Aktivitäten zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zu koordinieren. Mitte Februar 2000 einigte sich der gemeinsame Währungsrat beider Zentralbanken, Leitlinien einer gemeinsamen Geld- und Kreditpolitik für das Jahr 2001 zu erarbeiten und die Arbeiten für eine einheitliche Währung fortzusetzen.

⁷² Vgl. dazu etwas ausführlicher DIW, IfW, IWH, a. a. O., S. 37.

Tabelle 9:
Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen, 1991 bis 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Insgesamt
Privatisierte Unternehmen insgesamt	58	186	174	424	208	266	299	240	122	1.977
Privatisiert durch:										
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	53	49	561
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	93	260	172	208	223	187	73	1.279
Privatisiert aus Republikeigentum	16	29	72	32	1	5	1	11	16	183
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	11	16	135
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	0	0	23
Privatisiert aus kommunalem Eigentum	42	157	102	392	207	261	298	229	106	1.794
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	42	33	426
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	75	257	172	208	223	187	73	1.256
Umgewandelte Unternehmen insgesamt	3	4	71	217	259	218	178	89	175	1.214
aus Republikeigentum	3	3	68	152	52	92	96	40	91	597
aus kommunalem Eigentum	0	1	3	65	207	126	82	49	84	617
Transferierte Objekte insgesamt	-	-	-	-	-	39	98	476	575	1.188
aus Republikeigentum	-	-	-	-	-	39	96	89	131	355
aus kommunalem Eigentum	-	-	-	-	-	0	2	387	444	833

Quelle: BET, January-March, a. a. O.

Allerdings gibt es einige grundlegende Konflikte zwischen beiden Ländern:

In der Frage einer gemeinsamen Währung vertritt Belarus die Position, dass der gemeinsame Währungsrat den Zentralbanken übergeordnet werden sollte, um eine einheitliche Geld-, Kredit- und Währungspolitik zu garantieren. Die russische Seite sieht die Stabilisierung des gegenseitigen Wechselkurses als vorrangig an.⁷³ Die

⁷³ Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta, Minsk, vom 15.9.1999. <http://www.open.by> vom 24.2.2000.

belarussische Seite hat dazu zwar erste Schritte unternommen; die fehlende Unabhängigkeit ihrer Zentralbank – ein charakteristisches Merkmal zentral geplanter Wirtschaften – wird entsprechende Erfolge allerdings verhindern.

Ein zweites Hindernis für die Union ist die ungelöste Verrechnung der gegenseitigen Forderungen. Das Abkommen vom Februar 1996, welches Forderungen Russlands aus Energielieferungen und Krediten der Jahre 1992-1994 gegenüber Belarus in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar mit einer nicht genau bekannten, aber auf 1,1 Mrd. US-Dollar geschätzten Forderung von Belarus gegenüber Russland verrechnen sollte, ist bisher nicht umgesetzt worden. Die russische Seite wirft Belarus vor, die Kosten für die Rekonstruktion der russischen Militäranlagen, die als Kompensation für die Nettoforderung Russlands dienen sollte, zu hoch angesetzt zu haben.⁷⁴

Schließlich änderte sich auch die Rhetorik des belarussischen Präsidenten Lukaschenko. Im Dezember wandte er sich dagegen, dass die Union eine Aufgabe der belarussischen Souveränität bedeuten würde und kritisierte jene in Russland, die eine „Verschmelzung“ beider Länder befürworteten. Diese Position wurde bis dahin eher dem belarussischen Präsidenten zugeschrieben. Zum Hintergrund dieses Wandels in der Rhetorik dürfte die Krise der belarussisch-russischen Handelsbeziehungen im vergangenen Jahr gehören, als Belarus dem drastischen Verfall seiner Exporterlöse auf dem russischen Markt die Besteuerung von Bartergeschäften entgegengesetzte, was im Prinzip der Erhebung eines Importzolls auf russische Waren gleichkam. Diese Krise dürfte die Bemühungen um eine Union auf längere Zeit erheblich beeinträchtigt haben.

Auch in der Stabilisierungspolitik ist keine Verbesserung, eher sogar eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen zu konstatieren. Gegenüber 1999 soll im laufenden Jahr die Landwirtschaft in den Genuss erheblicher Subventionen kommen. Die erneute Anhebung der Abführungsquote für Devisen aus Exporteinnahmen von 30 vH auf 40 vH per 1. März 2000 soll dazu dienen, die Devisenreserven als Vorbereitung für die Einführung eines einheitlichen und festen Wechselkurssystems aufzustocken. Diese Maßnahme kann aber den gegenteiligen Effekt haben, weil Anreize für eine Ausweitung der Bartergeschäfte mit dem Ausland geschaffen werden.

Für das Jahr 2000 wird das reale BIP voraussichtlich um 2 vH bis 3 vH steigen. Dies entspricht der Erwartung der Regierung. In den ersten beiden Monaten des Jahres wuchs das BIP sogar um 7 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode, und das Wachstum ging besonders vom Wohnungsbau und dem privaten Konsum aus.⁷⁵ Dagegen wird die Inflationsrate dreistellig bleiben und nicht auf das von der Regierung anvisierte Niveau von 60 vH bis 80 vH fallen. In den beiden Monaten betrug die monatliche Inflationsrate bereits durchschnittlich 11,3 vH.

⁷⁴ BET monthly issue, December 1999, <http://www.bettacis.minsk.by/december/apadec99.htm>.

⁷⁵ Vgl. Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta, Nr. 11 vom 15. März 2000, S. 4. Anzumerken ist ein Methodenwechsel in der Entstehungsrechnung. Nach der neuen Methode wuchs das BIP nur um 6,0 vH.